

DIE LINKE.

**Wem gehört
die Stadt?**

**Kommunalwahlprogramm 2020
DIE LINKE. München**

www.dielinke-muc.de

Kommunalwahlprogramm 2020 der DIE LINKE. München

beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 21. Juli 2019.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen, die sich – innerhalb unserer Partei und weit über unsere Parteimitgliedschaft hinaus – an der Erarbeitung dieses Programms durch Mitarbeit, Anregungen und Kritiken beteiligt haben. Nun muss sich das Programm in der Praxis bewähren: im Wahlkampf, in der Arbeit im Stadtrat und im zivilgesellschaftlichen Bereich.

V.i.S.d.P: DIE LINKE. München

Schwanthalerstr. 139, 80339 München

Inhaltsverzeichnis

Präambel: Wem gehört die Stadt?	3
1. Mieten: Das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen	7
1.1. Städtischen Grund gemeinwohlorientiert nutzen	8
1.2. Privaten Neubau sozial gerecht gestalten	9
1.3. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen vorantreiben	9
1.4. Verdrängung stadtweit den Kampf ansagen	10
1.5. Zweckentfremdung stoppen	10
1.6. Städtische Wohnungen sozialer vergeben	11
1.7. Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen	11
2. Arbeit: Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient	13
2.1. Sichere Arbeitsplätze statt prekärer Beschäftigung	13
2.2. Öffentlichen Beschäftigungssektor aufbauen	15
2.3. Armut bekämpfen - soziale Teilhabe ermöglichen	15
2.4. Grundversorgung entprivatisieren	16
2.5. Wirtschaftsförderung sozial und ökologisch gestalten	17
2.6. Zukunft der Arbeit sozial gestalten	18
3. Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für Profite	19
3.1. Gesundheit ist keine Ware - Privatisierungen stoppen	19
3.2. Mehr Personal für eine gute Pflege	20
3.3. Gesundheitsversorgung flächendeckend garantieren	21
3.4. Gesundheit barrierefrei gestalten	22
3.5. Unabhängige Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe	22
3.6. Für ein Altern in Würde	23
4. Verkehr: Die sozial-ökologische Verkehrswende gestalten	24
4.1. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr	24
4.2. Netzausbau: effizient, dezentral und ökologisch	25
4.3. Die autofreie Stadt gestalten	26
4.4. Für einen emissionsfreien Verkehr	27
5. Umwelt: Klimagerechtigkeit vor Ort erkämpfen	29
5.1. Energiewende: Lokal handeln, statt global investieren	29
5.2. Naturschutz vor Profit - Grünflächen erhalten	30
5.3. Nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln	31
5.4. Dem Tierschutz verpflichtet	31
5.5. Reduzierung von Kunststoff	32

6. Migration: Teilhabe für alle - unabhängig von Pass und Herkunft	33
6.1. Gleiche Rechte für alle	33
6.2. München als Sicherer Hafen	34
6.3. Zivilgesellschaft stärken - dem Rechtsruck entgegenzutreten	36
7. Bildung: Gebührenfrei und inklusiv von der Kita bis zur Meisterprüfung	37
8. Gleichstellung: Selbstbestimmt leben - für alle Geschlechter	39
9. Diversität: Gleichberechtigung aller Lebensweisen vorantreiben	41
10. Demokratie: Politische Teilhabe stärken und ausbauen	43
11. Öffentlicher Raum: Freiräume statt Kontrolle	45
12. Digitalisierung: Die vernetzte Stadt demokratisch gestalten	47
13. Kunst und Kultur: Freiräume schaffen für eine unabhängige Kunst	49
14. Frieden: Für eine rüstungsfreie Stadt	51
15. Finanzen: Den städtischen Haushalt umverteilen	52

Präambel: Wem gehört die Stadt?

Liebe Münchner*innen,

etwa 1,5 Millionen Menschen leben derzeit in unserer Stadt. Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und sozialer Lage, unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensentwürfen. Die Stadt ist der Ort, in dem wir alle leben und arbeiten, unsere Freizeit verbringen und unsere sozialen Beziehungen pflegen. Wir alle sollten in ihr ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können - in unserer Unterschiedlichkeit und unabhängig von der sozialen Situation, in der wir uns befinden.

Die Realität schaut leider anders aus: München ist eine der reichsten Städte Europas. Doch vom Reichtum der Stadt profitieren vor allem einige wenige. Die Grund- und Immobilienspekulation boomt - und die Mieten steigen ins Unermessliche. Während 30.000 Münchner*innen auf eine Wohnung warten, zerstören Luxussanierungen und Spekulationsobjekte gewachsene Viertelstrukturen und vertreiben ihre Bewohner*innen aus den Stadtvierteln. Freiräume werden knapp: Ob Kunst, Kultur, soziales Miteinander oder Freizeitgestaltung - auf allem klebt in München ein Preisschild. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten leben die meisten Münchner*innen für die Arbeit, anstatt für ein gutes Leben zu arbeiten. Prekäre Arbeitsverhältnisse und körperliche und psychische Erkrankungen aufgrund der Arbeitssituation wachsen mit der Wirtschaft mit. Am Härtesten trifft die um sich greifende Kommerzialisierung der „Weltstadt mit Herz“ Menschen in ökonomischen Schwierigkeiten und diejenigen, die ohnehin schon gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Auch die Stadt will kräftig mitverdienen: Städtische Unternehmen wie MVG oder

Kliniken werden auf „Wirtschaftlichkeit“ ausgerichtet - auf Kosten der kommunalen Infrastruktur und öffentlichen Grundversorgung, aber auch der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Diese Zustände sind Folge einer seit Jahrzehnten in verschiedenen Koalitionen verfolgten verfehlten Stadtpolitik. SPD, CSU und Grüne bemühen sich zwar gerne um das Image Münchens als soziale und weltoffene Stadt. Ihr soziales Gewissen endet jedoch dort, wo die Interessen des „Wirtschaftsstandorts“, also die Interessen der Investoren und großen Unternehmen betroffen sind.

DIE LINKE. München setzt sich für eine grundsätzliche Wende in dieser

Politik ein. Der Reichtum der Stadt muss den Menschen zugutekommen. Die Stabilisierung der Umwelt - des Klimas, der Artenvielfalt, die Reinhaltung von Luft und Wasser, der Stopp des Landschaftsverbrauchs - wird von einer breiten Mehrheit als dringliche Aufgabe der Politik anerkannt. Die Digitalisierung verändert die Arbeits- und Lebenswelt, der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft folgt. Wir wollen diesen Wandel sozial gestalten und uns nicht von Markt und Kapital treiben lassen.

DIE LINKE steht für:

- eine soziale Stadt: Die Bedürfnisse der Stadtbewohner*innen müssen Vorrang vor denen der Unternehmen haben. Wir brauchen einen Stopp der Grund- und Bodenspekulation, ein umfassendes städtisches Wohnungsbauprogramm und die Förderung von Wohngenossenschaften. Die städtische Grundversorgung, wie etwa die städtischen Kliniken, gehört ausgebaut und in die öffentliche Hand. Für die Beschäftigten kommunaler Einrichtungen und von der Stadt finanzierter Träger müssen tarifrechtliche Standards gelten.
- eine demokratische Stadt: Die Stadt muss denen gehören, die in ihr leben, wohnen und arbeiten. Die Einwohner*innen sollen das politische Geschehen in der Stadt, im Bezirk und im Viertel unmittelbar bestimmen. Wir stehen für einen Ausbau demokratischer Mitentscheidung und Behördentransparenz auf allen Ebenen. Der öffentliche Raum muss ausgeweitet werden und der Bevölkerung ohne große Hürden zur Nutzung zur Verfügung stehen. Kunst und Kultur brauchen leicht zugängliche und dauerhafte Freiräume.
- eine solidarische Stadt: Herkunft, soziale Lage, Geschlecht, Sexualität, Religion oder körperliche Einschränkungen dürfen bei der gesellschaftlichen Teilhabe keine Rolle spielen. München soll Sicherer Hafen für Geflüchtete sein - nicht nur als Lippenbekenntnis. Das städtische Hilfsangebot für sozial Benachteiligte muss ausgeweitet werden und sich an deren Bedürfnissen ausrichten. Wir stehen für eine enge
- städtische Zusammenarbeit und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen für Inklusion und im Kampf gegen rechts.
- eine ökologische Stadt: Wir wollen eine ökologische, nachhaltige und klimagerechte Stadt für alle. Bis spätestens 2025 muss München auf alle fossilen Energieträger verzichten und damit klimaneutral sein. Der Ausbau der Radwege und ein energieeffizienter kostenloser Nahverkehr sollen das Auto als Hauptverkehrsmittel ersetzen. Städtische Naturräu-

me müssen erhalten bleiben, regenerative Energien gefördert werden. Die Kosten der ökologischen Wende dürfen nicht auf sozial Benachteiligte und andere Regionen abgewälzt werden.

Kurz: Wir wollen eine Stadt für alle, von allen und durch alle.

Im Stadtrat wird sich DIE LINKE wie auf der Straße für Mehrheiten für diesen dringend benötigten Wechsel in der Stadtpolitik einsetzen. Gleichzeitig wollen wir nicht hinter den Rathaustüren über die Köpfe der Stadtbewohner*innen entscheiden, sondern die politische Wende in München mit ihnen gemeinsam gestalten. Im Stadtrat wird DIE LINKE den Dialog auf Augenhöhe mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Bürger*inneninitiativen fortsetzen, ihre Akteure und Anliegen in die Stadtratsarbeit einbinden und ihre Forderungen ins Rathaus tragen.

Unsere Stadt ist für alle Menschen da, nicht für den Profit einiger weniger.

Holen wir uns die Stadt zurück!

1. Mieten: Das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen

Das Recht auf eine Wohnung ist ein Grundrecht. Wohnen darf keine Ware sein, die wie eine Aktie gehandelt wird. Heute ist München die Hauptstadt der Wohnungsspekulation. Internationale Immobilienkonzerne kaufen sich hier ein und investieren in Betongold. Aber auch Münchner Großakteure wie die Dawonia (ehemalige GBW), Patrizia, Vonovia oder die Bayerische Hausbau mischen kräftig mit und pressen die Mieterinnen aus.

Mit Modernisierungsmieterhöhungen und Umwandlung in Eigentumswohnungen treiben sie die Bewohnerinnen aus der Stadt und tragen zur sozialen Spaltung der Stadtgesellschaft bei. Neubauten sind in der Regel nur für Reiche erschwinglich. Mietpreise von über 20 €/m² werden immer mehr zur Regel. Ein großer Teil der Münchner*innen kann sich das Leben in der Stadt kaum mehr leisten. Die Mietbelastung frisst bei vielen bereits mehr als 40 Prozent des Nettohaushaltseinkommens auf - eine Belastung von über 30 Prozent gilt gemeinhin als kritisch. Während der Bestand an Sozialwohnungen in München in den letzten 30 Jahren von 120.000 auf 43.000 geschrumpft ist, warten derzeit 30.000 Bürgerinnen auf eine Wohnung. 9.000 Menschen sind wohnungslos gemeldet.

Dies alles ist Ergebnis von Jahrzehnten profitorientierter Wohnungspolitik. Der soziale Wohnungsbau wurde ausgetrocknet und der Spekulation mit Wohnraum, Grund und Boden Tür und Tor geöffnet. Die Privatisierung der landeseigenen GBW-Wohnungen durch den Verkauf der CSU-Staatsregierung 2013 an die Patrizia AG hat die Lage zusätzlich verschärft.

Wir wollen die Wohnungspolitik in München grundlegend ändern: Wohnraum ist zum Wohnen da, nicht zum Spekulieren. Wohnungsbau und Wohnungsverteilung müssen sich nach den sozialen Anforderungen und tatsächlichen Bedürfnissen der Stadtbevölkerung richten. Wir wollen genossenschaftliches und kommunales Wohnen sowie alternative Wohnformen (z.B. Mietsyndikate) stärken und das spekulative Immobilieneigentum zurückdrängen. Städte wie Wien beweisen, dass es möglich ist, einen Großteil des Wohnungsbestandes zu bezahlbaren Mieten in öffentlicher Hand zu halten. In München wollen wir diesen Anteil in den nächsten Jahren auf ein Drittel des gesamten Wohnungsbestandes erhöhen.

Initiativen wie das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteig-

nen“ machen es vor: Das Grundgesetz, aber auch die bayerische Verfassung ermöglichen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit. Um den bisherigen Missbrauch zu unterbinden, werden wir bei großen Immobilienunternehmen auch dieses Mittel nutzen. Damit holen wir Menschen uns die Stadt zurück.

Wir fordern ein soziales Bodenrecht, denn 70 Prozent der Baukosten betreffen die Bodenpreise. Ohne Deckelung der Bodenpreise wird es keine wirksame Mietpreisbegrenzung geben. Leistungslose Gewinne aus dem Anstieg der Bodenpreise sind abzuschöpfen und für sozialen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu verwenden.

Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene - wie die Deckelung von Mieten, die Abschaffung der Modernisierungumlage, das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, ein Mietspiegel, der alle Bestandswohnungen erfasst, ein soziales Wohnungsbauprogramm oder die drastische Besteuerung von Immobiliengewinnen bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung sozialer Vermieter - sind unumgänglich. Aber auch die Stadt kann aktiv werden.

Immer mehr Mieterinnen wehren sich gegen den Münchner Mietwahnsinn. DIE LINKE unterstützt die Selbstorganisation der Betroffenen und steht dieser Bewegung solidarisch zur Seite.

11. Städtischen Grund gemeinwohlorientiert nutzen

Lediglich acht Prozent des Münchner Wohnungsbestandes befinden sich in öffentlicher Hand, weitere fünf Prozent in genossenschaftlichem Eigentum. Jahrelang haben die Stadtregierungen städtische Grundstücke verschandelt, egal ob SPD- oder CSU-geführt oder unter Rot-Grün. Der Ausverkauf städtischer Grundstücke muss gestoppt werden.

Wir fordern:

- Vergabe von städtischen Grundstücken mit dauerhaften Mietobergrenzen und Bindungsfristen an kommunale oder gemeinwohlorientierte Wohnungsbaugesellschaften in Erbbaurecht
- Förderung von Genossenschaften, Miethäusersyndikaten und gemeinnützigen Organisationen
- Erstellung von zwei Dritteln der Wohnungen im geförderten Wohnungsbau EOF (einkommensorientierte Förderung) und im München-Modell

- Vorrang für Konzeptausschreibungen im Hinblick auf Nachhaltigkeit, möglichst autofreie Mobilität, soziale Mischung, Architektur und Quartiersbelange
- Erstellung von München-Modell-Wohnungen nur noch als Mietwohnungen

1.2. Privaten Neubau sozial gerecht gestalten

Wenn auf privaten Flächen neues Baurecht geschaffen wird, greift der städtebauliche Vertrag „Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)“, den die Stadt mit der Immobilienwirtschaft 2017 neu ausgehandelt hat; das Ergebnis ist jedoch völlig unzureichend. Wir brauchen aber auch verbindliche Regelungen für Nachverdichtungen im Bestand.

Wir fordern:

- Quote geförderter Wohnungen auf 50 Prozent erhöhen; restliche 50 Prozent bei Verzicht auf Eigentumswohnungen im konzeptionellen Mietwohnungsbau mit verbindlichen Mietobergrenzen
- Erhöhung des anteiligen Infrastrukturkostenbeitrages der privaten Investoren
- bedarfsgerechte Erstellung und Überarbeitung bestehender Nachverdichtungskonzepte zur Schaffung von zusätzlichem preiswertem Wohnraum unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen

Anwendung der Kriterien einer optimierten SoBoN im Bestand, um erforderliche Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. Schulen oder Kitas zu finanzieren und spekulativer Nutzung einen Riegel vorzuschieben

1.3. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen vorantreiben

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums setzt bezahlbare Bodenpreise voraus. Mit der städtischen Entwicklungsmaßnahme (SEM) steht der Stadt ein Instrument zur Verfügung, Bodenpreise großflächig einzufrieren, bis in einem kooperativen Prozess mit der Öffentlichkeit geklärt ist, welche Flächen überhaupt benötigt und überplant werden. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Nutzung dieses Mittels ein, um auch in München bezahl-

baren Wohnraum in größerem Ausmaß zu schaffen. Entscheidend hierfür ist die frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Bevölkerung.

Wir fordern:

- Beibehaltung und Wiederaufnahme bestehender SEM-Projekte
- Einbeziehung der Stadtbevölkerung in diesen Prozess
- Wohnbebauung mit bezahlbaren Wohnungen in gemeinwohlorientiertem Eigentum - Ausschluss des Baus von Eigentumswohnungen durch privatwirtschaftliche Bauträger•
- grün-, Erholungs- und landwirtschaftliche Flächen erhalten
- Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, z.B. im sozialen und kulturellen Bereich, Einzelhandel, Handwerk
- Vorrang für die städtische Daseinsvorsorge statt für die Interessen Einzelner
- Ausschluss von Spekulation mit Grund und Boden

1.4. Verdrängung stadtwweit den Kampf ansagen

Ob Giesing, Schwabing oder Pasing: Gentrifizierung und Verdrängung der Münchner Bevölkerung sind stadtwweite Probleme. Bisher genutzte Instrumente wie Erhaltungssatzungen, die städtische Milieus vor Verdrängung schützen sollen, können diese Entwicklung nicht aufhalten. Wir wollen die Kriterien der Erhaltungssatzung schärfen und sie auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten.

Um den Kauf von Wohnungen in den entsprechenden Gebieten dauerhaft finanzieren zu können, braucht die Stadt ein preislimitiertes Vorkaufsrecht.

Wir fordern:

- Geltung der Bindungen der Abwendungserklärung wie z.B. Mietobergrenzen, Umwandlungsverbot in Eigentumswohnungen auch für unbebaute Grundstücke und Maßnahmen zur Nachverdichtung
- Überprüfung der Regelungen zur Abwendungserklärung in regelmäßigen Abständen, um notwendige Verschärfungen vorzunehmen

- Änderung der Kriterien zum Erlass einer Erhaltungssatzung und Aufhebung der zeitlichen Begrenzung mit dem Ziel, die gesamte Stadt als Erhaltungssatzungsgebiet auszuweisen keine Umwälzung von Spekulationskosten auf die Bevölkerung beim Wohnungserwerb durch die Stadt
- Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten, die diesen Kriterien entsprechen, z.B. Einrichtung eines städtischen Fonds zum Bau, Kauf und Erhalt bezahlbarer Wohnungen aus öffentlichen Abgaben

1.5. Zweckentfremdung stoppen

Während immer mehr Menschen in München wohnungslos sind, steigt der Anteil des kommerziell als Ferienwohnungen oder für den Medizintourismus genutzten Wohnraums. Wir wollen diesen Missbrauch bekämpfen. Hier orientieren wir uns an den Maßnahmen, die in Berlin bereits verankert wurden.

Wir fordern:

- eine Registrierungspflicht für Ferienwohnungen, keine kurzzeitige Weitervermietung ohne Genehmigung
- eine Anzeigepflicht für Wohnungen, die länger als drei Monate leer stehen
- Beschlagnahme leer stehender Wohnungen durch die Stadt - Instandsetzung auf Kosten der Eigentümer
- mehr Personal und finanzielle Mittel für die Aufsichtsbehörden

1.6. Städtische Wohnungen sozialer vergeben

Mit 64.000 Wohnungen im Besitz von Gewofag, GWG und Kommunalreferat ist die Stadt der größte Wohnungsbesitzer Münchens. Nach Vorbild des Berliner Wohnraumversorgungsgesetzes wollen wir die Stadt dazu verpflichten, als faire und soziale Vermieterin aufzutreten.

Wir fordern:

- Begrenzung der Mietbelastung auf 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens Vergabepaxis bei freifinanzierten und München-Modell-Wohnungen nach sozialen Gesichtspunkten über eine städtische Onlineplattform bzw. Vormerklisten transparent gestalten

- ein Bauprogramm von GWG, Gewofag und Münchner Baugenossenschaften für Auszubildende und Studierende plus eine vom Stadtrat festzulegende Abgabe großer Betriebe zum Bau günstiger Appartements für diese Zielgruppe - als Alternative zu Werkwohnungen
- Einrichtung einer Wohnungstauschbörse für städtische Wohnungen
- Mitbestimmung der Mieterinnen über Mieterbeiräte in den Wohnanlagen von Gewofag
- und GWG über einen gemeinsamen Beirat

1.7. Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen

Hohe Mieten, Wohnungsmangel und unsichere Aufenthaltsrechte für Eingewanderte zwingen Menschen auch im reichen München zum Leben in Notunterkünften oder auf der Straße. Vor dem Hintergrund der dramatisch steigenden Zahl an Obdach- und Wohnungslosen muss die Stadt München endlich gezielt handeln.

Wir fordern:

- Unterbringung von Menschen in Massenunterkünften benden und dezentral organisieren
- selbstorganisierte Lebensformen Betroffener fördern und unterstützen
- leer stehende Wohnungen - auch als Zwischennutzung - zur Verfügung stellen und leer stehende Gewerberäume in Wohnraum umwandeln
- Neuauflage des Wohnungsbauprogramms „Wohnen für alle“
- keine Zwangsräumungen, die in die Wohnungslosigkeit führen

2. Arbeit: Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient

Obwohl München ein wichtiger Wirtschaftsstandort und eine relativ reiche Stadt ist, kommt der wirtschaftliche Erfolg längst nicht bei allen an, die hier arbeiten oder leben. Das Armutsrisiko in München ist eines der höchsten in Deutschland: Etwa 17 Prozent der Münchner*innen sind von Armut betroffen - oft trotz Beschäftigung. Hohe Lebenshaltungskosten und das Schwinden von kostenlosen und günstigen Räumen zur Freizeitgestaltung und kulturellen Betätigung verschärfen die Problematik weiter und grenzen von Armut Betroffene von der sozialen Teilhabe am Stadtleben aus. Unter sozialen Notlagen leidet auch die Gesundheit: 2018 waren in München Depressionen und Angstzustände erstmals die Hauptgründe für Krankschreibungen am Arbeitsplatz. Kinder und Jugendliche, Menschen mit formal niedrigen Schulabschlüssen, Alleinerziehende, Rentner*innen, Migrant*innen und Frauen sind besonders betroffen.

Auch in München machen sich also die Folgen der von SPD und Grünen geschaffenen Hartz-Gesetze bemerkbar. „Liberalisierung des Arbeitsmarktes“ und „dynamische Wirtschaft“ heißt vor allem eines: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Obwohl München im bundesweiten Vergleich eine sehr niedrige Erwerbslosenquote von ca. vier Prozent hat, hält der Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen, befristeten Verträgen, Leiharbeit oder anderen ungesicherten Arbeitsverhältnissen an. Die Gängelungen des Hartz IV-Regimes durch ständigen Druck und Leistungskürzungen bekommen längst nicht mehr nur Erwerbslose zu spüren.

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, in der der erwirtschaftete Reichtum allen Menschen zu Gute kommt. Wir kämpfen für einen menschenwürdigen und stressfreien Arbeitsmarkt und eine Stadt, in der niemand unter die Armutsgrenze fällt.

2.1. Sichere Arbeitsplätze statt prekärer Beschäftigung

Ein gesicherter und gut entlohnter Arbeitsplatz gehört zum guten Leben dazu. Die Stadt München als Arbeitgeber hat hier eine Vorbildfunktion. Sie muss auch Druck auf andere Unternehmen ausüben, arbeitsrechtliche Standards einzuhalten, etwa als Kriterien bei der Auftragsvergabe und Unternehmensförderung.

Wir fordern:

- strikte Einhaltung geltender Tarifverträge bei Stadt, städtischen Unternehmen und Subunternehmen
- städtische Aufträge nur an Unternehmen, die städtischen sozialen und ökologischen Kriterien entsprechen. Dazu gehören u.a. Tarifverträge, Angebot von Ausbildungsplätzen, Erfüllung der rechtlich festgelegten Schwerbehindertenquote, Existenz einer betrieblichen Interessenvertretung (z.B. Betriebsrat) und faire Lieferketten
- Bevorzugung von Unternehmen, die aktiv die Gleichstellung von Mann und Frau verfolgen, über Regelungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und antidiskriminierende Standards verfügen
- Verbesserung der Kontrollen zur Einhaltung dieser Standards
- anonymisierte Bewerbungsverfahren in Stadt und städtischen Unternehmen, um Chancengleichheit zu gewähren
- keine Aufweichung der Ladenschlusszeiten und der Regelungen zu Sonn- und Feiertagsarbeit
- Beitragszahlung für alle Beschäftigten der städtischen Betriebe, Einrichtungen und Verwaltung in die zentrale Versorgungskasse, um die Altersversorgung besser abzusichern
- Verbesserung der personellen Ausstattung der städtischen Betriebe, Einrichtungen und Verwaltung (z.B. MVG, Jobcenter) unter besonderer Berücksichtigung von Menschen mit Handicap
- dauerhafter Verzicht auf sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit und 1-Euro-Jobs bei städtischen Arbeitsplätzen
- unbefristete Übernahme aller Nachwuchskräfte bei der Stadt und ihren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften
- die Anwendung der geltenden Tarifverträge für Auszubildende für alle Nachwuchskräfte der Landeshauptstadt
- die Münchenezulage muss für alle Beschäftigten der Stadt sowie ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in gleicher Höhe ausgezahlt werden an städtischen Berufsschulen muss gelten, dass sogenannte „betriebliche Notwendigkeiten“ keine Befreiung vom Berufsschulun-

terricht rechtfertigen Auszubildende dürfen nicht für die Teilnahme an politischen Demonstrationen oder Streiks während der Berufsschulzeit an städtischen Berufsschulen sanktioniert werden

2.2. Öffentlichen Beschäftigungssektor aufbauen

Auch wenn die Erwerbslosenquote in München vergleichsweise niedrig ist - auch hier sind Menschen aufgrund von Erwerbslosigkeit oder prekärer Arbeitsverhältnisse auf staatliche Unterstützung angewiesen, den Schikanen von Hartz IV ausgesetzt und gerade im teuren München von der gesellschaftlichen Teilnahme ausgeschlossen. Mit dem Ausbau von städtischen Qualifizierungsmaßnahmen und dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors wollen wir lebenswerte und abgesicherte Arbeitsplätze schaffen.

Wir fordern:

- die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) mit
- sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsverhältnissen
- Integration bestehender Arbeitsförderungsprojekte in den ÖBS Erhalt vorhandener und Ausbau der Betriebe des Münchener Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) sowie Erhöhung der Fördermittel und die Aufnahme in die Regelförderung nach mindestens fünf Jahren
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Langzeitarbeitslose, die in den MBQ-Betrieben arbeiten, durch Verzicht auf vorgeschaltete ALG II-Maßnahmen Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um ein Prozent zur Finanzierung von betrieblichen Begleitprogrammen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen, wie z.B. Geflüchtete, Menschen mit Einschränkungen oder Geringerqualifizierte Entwicklung von Inklusionskonzepten für die Integration von Menschen mit Einschränkungen in den ersten Arbeitsmarkt in enger Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention arbeits- oder wohnortnahe Kindertagesbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten und familienfreundlichen Betreuungszeiten

2.3. Armut bekämpfen - soziale Teilhabe ermöglichen

Armut ist ein Problem im reichen München. Die Gründe hierfür sind vielfältig:

Erwerbslosigkeit, unbezahlbare Mieten, Verschuldung oder prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir wollen, dass alle Menschen in München ein würdevolles Leben führen können. Wir stehen für ein angst- und diskriminierungsfreies soziales Absicherungssystem, das allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Wir wollen die Wiedereingliederung in gute und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse erleichtern.

Wir fordern:

- verstärkte Anstrengungen zur Integration von Langzeiterwerbslosen im öffentlichen Dienst und in Betrieben, an denen die Stadt beteiligt ist
- verstärkte Personalausstattung und Schulungen für einen respektvollen Umgang der Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind für städtische Ämter und Jobcenter
- entgeltfreie Strom-Grundkontingente und Abschaffung von Stromsperren, um Energiearmut zu bekämpfen, sowie über die Strom-Grundkontingente hinaus die Einführung eines Sozialtarifs für Menschen die Transferleistungen beziehen, von Altersarmut betroffen sind und eine Einkommenssituation haben, die unterhalb der relativen Einkommensarmut liegt
- die Ausweitung des München-Passes auf Personen, die von Altersarmut betroffen sind und eine Einkommenssituation haben, die unterhalb der relativen Einkommensarmut liegt; Kostenfreiheit für alle Angebote des München-Passes
- Verstärkung der Kooperationen mit Vertretungen aus Wohlfahrtspflege, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Bildungsträgern für Programme zur Armutsbekämpfung durch Arbeits-, Integrations- und Bildungsprogramme
- klare Zuständigkeit und unkomplizierte Antragswege für Förderprogramme zur Integration in den Arbeitsmarkt
- bessere Ausstattung von erfolgreichen Beratungseinrichtungen für Langzeiterwerbslose durch das städtische Referat für Arbeit und Wirtschaft
- Fortführung der städtischen Unterstützung der ehrenamtlichen Unterstützung der Tafeln; Bedingungen schaffen, die die Tafeln überflüssig machen
- Ombudsstellen für Hartz IV-Betroffene unabhängig von den Jobcentern

2.4. Grundversorgung entprivatisieren

Die städtischen Betriebe sind nicht nur einer der wichtigsten Arbeitgeber in München, sondern als Grundversorger auch zentral für die Lebensqualität und Deckung der Grundbedürfnisse aller in der Stadt. Die öffentliche Grundversorgung darf sich nicht an der Logik der Profitorientierung mit unvorhersehbaren Folgekosten für Mensch und Natur ausrichten, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Münchner*innen orientieren. Wir stehen für eine umfassende Rekommunalisierung und demokratische Kontrolle der städtischen Betriebe.

Wir fordern:

- keine Privatisierung von öffentlichen Betrieben oder Betriebsteilen, Einrichtungen und Aufgaben
- keine Fremdvergabe von Leistungen durch kommunale Betriebe zum Zweck der Lohnsenkung
- wirksame demokratische Kontrolle und Verantwortung städtischer Unternehmen in Satzungen und Gesellschaftsverträgen, in denen die Unternehmensleitung dem (gesamten) Stadtrat gegenüber verantwortlich ist
- keine öffentlich-privaten Partnerschaften („Public Private Partnerships“), da diese zu Erzielung von Gewinnen und Privatisierung und damit zu höherer Belastung der Einwohner*innen durch Gebühren führen
- Rückführung für die Grundversorgung wichtiger kommunaler Unternehmen in die öffentliche Hand

2.5. Wirtschaftsförderung sozial und ökologisch gestalten

Eine vorausschauende städtische Wirtschaftspolitik muss dafür sorgen, dass wirtschaftliches Wachstum auch bei den Menschen ankommt. Wir wollen die städtische Wirtschaftsförderung stärker nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. Durch sorgfältige und umfassende Planung ist auf die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen städtischer Wirtschaftspolitik zu achten. Dies schließt einen Schutz bestehender Gewerbe sowie eine enge wirtschaftspolitische Abstimmung mit Region und Umlandgemeinden mit ein.

Wir fordern:

- Schaffung sicherer und gut bezahlter Arbeitsplätze, insbesondere im Sozial- und Erziehungssektor
- Umweltverträglichkeit / Klimaneutralität als Kriterien städtischer Wirtschafts- und Investitionspolitik
- gezielte Förderung gemeinwohlorientierter Betriebe und Genossenschaften
- Einrichtung einer kommunalen Förderungs- und Beteiligungsbank für gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Betriebe
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Absprache mit den Nachbargemeinden
- kommunale Maßnahmen gegen Geschäftsmodelle, die traditionelle Dienstleister durch Scheinselbstständigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Umgehung kommunaler Abgaben verdrängen (z.B. Uber, Airbnb)

2.6. Zukunft der Arbeit sozial gestalten

Arbeit 4.0 und Digitalisierung sind die Schlagwörter bei der politischen Gestaltung und Regulierung moderner Arbeitswelten. Die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Erwartungen und Bedürfnisse einer digitalen Wirtschaft bedeutet für die Beschäftigten entgrenzte Arbeitszeiten entsprechend den Interessen des Kapitals, ständige Verfügbarkeit und die Aufweichung der Grenze zwischen Arbeit und Freizeit. Dauerstress und psychische Erkrankungen sind die Folgen. Auch in München stellen wir uns deswegen gegen eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und stehen für das Recht auf Erholung und Verfolgung eigener Interessen ein.

Wir fordern:

- Recht auf mindestens zwei Sabbaticals im Arbeitsleben für alle Beschäftigten der Stadt und städtischer Unternehmen
- Recht auf Nicht-Erreichbarkeit und einen echten Feierabend für alle Beschäftigten der Stadt und städtischer Unternehmen: E-Mail Ausgangssperren an Feierabend und Wochenende
- Recht auf Weiterbildung und Weiterqualifizierung auf städtische Kosten und in der Arbeitszeit in Stadtverwaltung und Beteiligungsgesellschaften

3. Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für Profite

Ob im Krankenhaus, in der medizinischen Versorgung vor Ort, in der Geburtshilfe oder Altenpflege - ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Gesundheitssystem für alle sollte eigentlich zur selbstverständlichen kommunalen Grundversorgung dazugehören. Die öffentliche Gesundheitsversorgung sollte das individuelle Wohl der Patient*innen im Auge haben - ungeachtet von Einkommen, Alter, Herkunft oder Diagnose.

Auch in München entfernt sich die Gesundheitsversorgung immer weiter von diesem Anspruch. Immer mehr Bereiche der Grundversorgung werden privatisiert und auch öffentliche Krankenhäuser und andere Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen einer profitorientierten Marktlogik unterworfen. Einsparungen und Leistungskürzungen auf Kosten der Patient*innen und der im Gesundheitsbereich Beschäftigten sind die Folge. Der ökonomische Druck auf das Gesundheitssystem und Leistungsunterschiede für Privat- und Kassenpatient*innen führen zunehmend zu einer Zwei-KlassenMedizin. Menschen mit geringem Einkommen und Bildungshintergrund werden zunehmend von der medizinischen Versorgung und Pflege ausgeschlossen.

Wir wollen diesen Trend durch eine umfassende kommunale Gesundheitsplanung für München zusammen mit Landesregierung, Kassenärzt*innen, Krankenhausträgern und Vertreterinnen von Patientinnen und Personal entgegenwirken. Unser Ziel ist ein städtisches Gesundheitssystem, in dem die stationäre Versorgung mit ausreichend Personal ausgestattet und der bedarfsgerechte Zugang zu ambulanten medizinischen Angeboten in der Nähe des Wohnortes sichergestellt ist, sowie ein umfassendes Unterstützungsangebot für Menschen mit besonderen Gesundheitsrisiken in allen Stadtteilen.

3.1. Gesundheit ist keine Ware - Privatisierungen stoppen

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, die sich am Patient*innenwohl orientiert und nicht an der Marktlogik. Dafür wollen wir die öffentlichen Strukturen im Gesundheitswesen, wie etwa die München-Kliniken, in öffentlicher Hand und demokratischer Kontrolle durch den Stadtrat erhalten.

Wir setzen uns für den Verbleib von Kliniken und Gesundheitseinrichtungen

im Besitz der Stadt München ein.

Wir fordern:

- Rückführung der München-Kliniken und anderer städtischer Gesundheitseinrichtungen von GmbHs in städtische Eigenbetriebe
- Einsatz von Berater*innenfirmen zur kommerziellen Ausrichtung der Gesundheitseinrichtungen stoppen
- Erstellung eines nachhaltigen, am Patient*innenbedürfnis orientierten Gesamtkonzeptes für die städtischen Kliniken unter Beteiligung des Personals
- Rückführung der Zuständigkeit für die Kliniken von der Stadtkämmerei zum Referat für Gesundheit und Umwelt
- Rückführung ausgegliederter Bereiche in den Klinikbereich und Verhinderung weiterer Ausgliederungen

3.2. Mehr Personal für eine gute Pflege

Für eine gute Pflege und medizinische Versorgung braucht es gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten - von der Reinigungskraft bis zur Chefärzt*in. Die gesetzliche Finanzierung der Krankenhäuser stellt auf eine Leistungsausweitung ab. Mit möglichst wenig Personal sollen möglichst viele Patient*innen in kurzer Zeit behandelt werden. Wir wollen Rahmenbedingungen für alle Beschäftigtengruppen im Krankenhaus (Pflege, Hebammen, Ärzt*innen, Hauswirtschaft, Reinigung, usw.) schaffen, die gute Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen ermöglichen. Eine Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen führt nicht nur zu zufriedenerem Personal, sondern damit auch zur Steigerung der Versorgungsqualität der Patient*innen in den Städtischen Kliniken.

Wir fordern:

- 500 neue Pflegestellen als Sofortprogramm für die Städtischen Kliniken
- Personalbemessungsregelung in den städtischen Einrichtungen, die sich am tatsächlichen Pflegeaufwand orientieren
- Erhöhung der München-Zulage bei Tarifverträgen in städtischen Einrichtungen

- Ausweitung von Personalwohnungen über die städtischen Wohnungsbau- und Gesundheitsgesellschaften, insbesondere für Auszubildende in den Gesundheitsberufen und Medizinstudierende
- Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung und Förderung altersgerechten Arbeitens
- Qualitätsverbesserung und Aufstockung der Ausbildungsplätze in allen Gesundheitsberufen

3.3. Gesundheitsversorgung flächendeckend garantieren

Wir benötigen eine engmaschige medizinische Versorgung und Pflege, damit sie für Bedürftige leicht erreichbar ist. Dazu braucht es den Ausbau eines dezentralen, wohnortnahen, inkludierten und umfassenden ambulanten Versorgungsnetzes für alle Bevölkerungsschichten. Ein solcher Ausbau würde auch überfüllten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und langen Wartezeiten vorbeugen. Wir wollen eine regionale und stadtteilbezogene Gesundheitsplanung einrichten und die unterschiedlichen Versorgungsstrukturen in der Stadt angleichen.

Der mit der ökonomischen Neuausrichtung der Münchner Kliniken einhergehende Bettenabbau führt seit Jahren zu zunehmend schweren Engpässen in der stationären Notfallversorgung der Stadt. Vor allem die Gesundheit schwerkranker Patient*innen, alter Menschen und kranker Kinder ist damit im besonderen Ausmaß gefährdet. Wir wollen diesen Trend stoppen und eine gute Notfallversorgung für alle garantieren.

Wir fordern:

- bedarfsgerechtere Verteilung der hausärztlichen Versorgung in den Stadtteilen durch Schaffung barrierefreier Gesundheitszentren in den nächsten sechs Jahren
- Schaffung kommunaler Gesundheitszentren, die alle Fachrichtungen der ambulanten Medizin vollständig abdecken
- städtische Unterstützung von Ärzt*innenkollektiven
- Einrichtung kommunaler Geburtshäuser
- Keine weitere Kürzung der Bettenanzahl für die Notfallversorgung in Münchner Kliniken
- Erhalt der umfassenden Notfallversorgung für das Klinikum Schwabing

- Erstellung eines Plans zur Wiederherstellung einer guten Notfallversorgung unter Einbeziehung der Vorschläge und Expertise von Bürgerinitiativen wie „Bürger für unser Münchner Stadtklinikum“ und „Initiative Klinikum Harlaching“ sowie des Gesundheitsladens München e.V.

3.4. Gesundheit barrierefrei gestalten

Alle, die hier leben, haben einen gleichberechtigten Zugang zu unserem Gesundheitssystem verdient. Armut, unsicherer Aufenthaltsstatus, körperliche oder geistige Einschränkungen, psychische oder

Suchterkrankungen sind besondere Risikofaktoren für die individuelle Gesundheit. Gleichzeitig werden Menschen mit diesen Problematiken durch das bestehende Gesundheitssystem besonders ausgegrenzt. Wir wollen das städtische Gesundheitswesen von Barrieren für die Betroffenen befreien und das bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebot diskriminierungsfrei ausweiten.

Wir fordern:

- Barrierefreie Gestaltung von Arztpraxen, Krankenhäusern und Einrichtungen der Altenhilfe
- Anpassung von Untersuchungstechniken und Behandlungsmethoden an die Bedürfnisse von Menschen mit Handicap in allen Fachbereichen
- Ausweitung der ambulanten Versorgung durch sozialpsychiatrische Dienste und betreutes Einzelwohnen für Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen durch die öffentliche Hand
- Ausbau und Koordination städtischer psychiatrischer Krisendienste und zeitnahe Vermittlung an freiwillige ambulante Therapieangebote, um stationäre Aufenthalte aus Mangel an Alternativen zu verhindern
- Unterstützung statt Kriminalisierung von Suchterkrankungen
- Einrichtung von geschützten „Druckräumen“, wo der Konsum unter ärztlicher Aufsicht mit kontrollierten Substanzen und sterilem Infusionsbesteck erfolgen kann
- ein umfassendes, öffentlich getragenes kommunales Versorgungsangebot für Menschen ohne Versicherungsschutz
- Bereitstellung von Versicherungskarten für Menschen ohne Versicherungsschutz durch das Gesundheitsreferat

3.5. Unabhängige Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe

Alle Patient*innen haben einen Anspruch auf umfassende Informationen und fachgerechte Beratung in der Gesundheitsversorgung. Die Selbstbestimmung und fundierte Entscheidungsfähigkeit der Patient*innen muss dabei im Mittelpunkt der Beratung stehen. Wir wollen das Angebot an kostenfreien und unabhängigen Beratungs- und Unterstützungsstellen ausbauen und auf die speziellen Bedürfnisse der Patient*innen, gerade von Risikogruppen, anpassen.

Wir fordern:

- Ausbau einer unabhängigen und lokal verwurzelten Patient*innenberatung im Gesundheitsladen München e.V.
- Ausweitung stadtteilorientierter und aufsuchender Beratung auf eigenen Wunsch
- Schaffung unabhängiger Patient*innenfürsprecher*innen in allen Münchner Kliniken nach „Münchner Modell“
- Stärkung und Ausbau von Selbsthilfestrukturen
- regelmäßige Überprüfung der Unabhängigkeit der Patient*innenbeauftragten durch den Stadtrat
- Angebot von Patient*inneninformationen in Leichter Sprache zur Selbstverständlichkeit machen
- Stärkung einer neutralen Aufklärung zu Gesundheitsthemen in der Jugend- und Bildungsarbeit
- dezentrale und niederschwellige Anlaufstellen zur Beratung und psychologischen Unterstützung von Suchterkrankungen

3.6. Für ein Altern in Würde

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens macht sich insbesondere in der Altenpflege bemerkbar. Während sich derzeit nur ca. sechs Prozent aller Pflegeplätze in öffentlicher Hand befinden, kaufen sich Investor*innen in Einrichtungen ein und richten sie auf Profitschöpfung aus. Um älteren Menschen eine qualitativ hochwertige und würdevolle Versorgung zu gewährleisten, wollen wir die kommunale Versorgungsstruktur der Münchenstift GmbH ausbauen. Eine gute ambulante Versorgung in den Stadtvierteln und die Einrichtung alternativer Wohnkonzepte sollen in der Bau- und Stadtpla-

nung berücksichtigt werden.

Wir fordern:

- Ausbau der städtischen Pflegestruktur
- städtische Personalvorgaben beim Pflegepersonal
- Qualitätsverbesserung in der stationären Altenpflege
- alternative Wohnkonzepte für ältere Menschen

4. Verkehr: Die sozial-ökologische Verkehrswende gestalten

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen in München ein Verkehrskonzept, in dem sich alle preisgünstig, schnell, sicher und ohne Hürden und Zugangsbeschränkungen bewegen können. Wege und Verkehrsmittel müssen dabei effizient, leicht erreichbar und barrierefrei gestaltet sein. Sie dürfen nicht auf Kosten des öffentlichen Raums und der

Umwelt gehen. Bis 2025 muss der gesamte Münchner Verkehr komplett auf alle fossilen Energieträger verzichten.

Wir stehen für eine radikale verkehrspolitische Wende in München: Der Umweltverbund aus öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV), Fahrrad- und Fußgänger*innenverkehr muss das Auto als wichtigstes Verkehrsmittel in Stadt und Region ersetzen. Eine Reduktion des Kraftfahrzeugverkehrs führt zur Eindämmung der Schadstoffbelastung für Mensch und Umwelt, erhöht die Verkehrssicherheit, befreit für Straßen und Parkplätze genutzte Flächen zu Gunsten der Stadtgesellschaft und beendet den alltäglichen Verkehrskollaps auf den Münchner Straßen vor allem zu Stoßzeiten.

Kurzfristig wollen wir eine Erhöhung des Anteils von ÖPNV, Rad und Fußverkehr von 66 Prozent (2017) auf 80 Prozent des Gesamtverkehrs. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Attraktivität des ÖPNV erhöhen, das Nahverkehrsnetz energieeffizient und kostengünstig ausbauen und das bestehende Straßennetz schrittweise zugunsten von Rad, Fußgänger*innenverkehr und öffentlich nutzbarem Raum umwandeln. Eine soziale, ökologische und barrierefreie Verkehrswende muss auch die Nachbarregionen einbeziehen, um Pendler*innen von der Notwendigkeit der Nutzung des Autos zu entlasten.

4.1. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr

Hohe Ticketpreise und das schwer überschaubare Ticket- und Tarifsysteem sind eine der größten Hürden zur Nutzung von Bus, Tram, U- und S-Bahn, besonders für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen. Wir wollen das bestehende Ticket- und Tarifsysteem, das die Einzelnen belastet, zu Gunsten eines ticketfreien ÖPNV für ganz München ersetzen. Die

Finanzierung des ÖPNV soll nach sozialen und ökologischen Kriterien, etwa über Sonderabgaben z.B. für Unternehmen gesichert werden. In zahlreichen Orten im In- und Ausland, darunter auch in Großstädten wie Tallinn, hat sich der ticketfreie ÖPNV bereits bewährt - mit positiven Auswirkungen auf die Reduktion des PKW- Verkehrs. Auch München sollte sich dieser Entwicklung gegenüber öffnen.

Wir fordern:

- die schrittweise Einführung eines ticketfreien ÖPNV für München und vollständige Ticketfreiheit bis spätestens 2025
- ticketfrei sofort für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Menschen ohne eigenes Einkommen
- Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets als Zwischenschritt
- Entkriminalisierung von Fahrgästen ohne gültigen Fahrschein

4.2. Netzausbau: effizient, dezentral und ökologisch

Um den ÖPNV zu einer echten Alternative zur PKW-Nutzung im Alltag zu machen, wollen wir das Nahverkehrsnetz in Stadt und Umland flächendeckend ausbauen. Dabei wollen wir die bestehende Zentrierung des Verkehrsnetzes auf Stadtzentrum und Stammstrecke durch dezentrale Verbindungen zwischen Wohngebieten und Stadtteilzentren sowie zwischen wichtigen Orten im Außenbereich ergänzen. Ein flächendeckendes dezentrales ÖPNV-Netz würde nicht nur das Verkehrsaufkommen im Innenstadtbereich entlasten, sondern durch kürzere Verbindungswege auch die Attraktivität und Lebensqualität in weiter außerhalb gelegenen Vierteln und Ortschaften erhöhen.

Mit der Trambahn ist ein dezentraler und flächendeckender Netzausbau in München vergleichsweise günstig, umweltfreundlich und mit geringem Aufwand realisierbar. Wir fordern eine Trambahnoffensive für die ganze Stadt mit verbesserten Tramverbindungen zwischen den Stadtteilen und einer Verdichtung des bestehenden Netzes. An verkehrstechnisch sinnvollen Stellen können Seilbahnen das bestehende Netz ergänzen. Um für Pendler*innen die Anbindung von Stadt und Umland zu verbessern, wollen wir den Anschluss bestehender U- und Trambahnverbindungen an den Umlandverkehr im Einvernehmen mit Umweltverbänden und Umlandgemeinden in Form einer Stadt-Umland-Bahn vorantreiben.

Unverhältnismäßig teure Prestigeprojekte mit unklarer Finanzierung und der Aussicht auf hohe Betriebskosten und Verkehrsbehinderungen durch Großbaustellen über Jahrzehnte sind keine Lösung des Münchner Nahverkehrsproblems. Wie die Zweite Stammstrecke mit Tieftunnel wollen wir den geplanten Nord-Süd-U-Bahn-Tunnel verhindern. Bei beiden milliardenschweren Großprojekten werden die derzeitigen Probleme des innenstadtzentrierten Verkehrsnetzes und der Umweltbelastung eher verschärft. Wir unterstützen die Forderung vieler Tunnelkritiker*innen nach einem Moratorium und fordern stattdessen einen Ausbau des bereits vorhandenen Nord- und Südrings zu S-Bahn-Ringlinien, sowie einen Ausbau des Trambahnnetzes.

Wir fordern:

- einen flächendeckenden und dezentralen Ausbau des Trambahnnetzes, das Wohnviertel und Stadtteilzentren untereinander verbindet
- Schaffung von Verbindungen von U- und S-Bahn-Stationen im Außenbereich in enger Absprache mit Umweltverbänden und Nachbargemeinden
- Tramoffensive gegenüber drittem U-Bahn-Tunnel und anderen Prestigeobjekten forcieren
- S-Bahn-Ring statt Tieftunnel als zweiter Stammstrecke
- einen polyzentrischen Ausbau des Nahverkehrsnetzes zwischen München und Umlandgemeinden
- Ausbau des städtischen Leihfahrradnetzes
- Bahnhöfe sind keine Shopping Malls: Haupt- und Ostbahnhof als soziale Treffpunkte erhalten und ausbauen
- eine Erhöhung des Platzangebotes in öffentlichen Verkehrsmitteln kürzere Taktfolgen auch abends und nachts eine Verdichtung des Nachtliniennetzes

4.3. Die autofreie Stadt gestalten

Fahrrad- und Fußgänger*innenverkehr sind nicht nur die umweltfreundlichsten, sondern oft auch schnellsten und praktischsten Fortbewegungsmittel durch die Großstadt. Gerade sie sind jedoch durch den PKW-Verkehr eingeschränkt. Die tägliche Blechlawine nimmt Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen nicht nur Platz zur Bewegungsfreiheit, sondern bedroht

auch ihre Gesundheit und Verkehrssicherheit. Gerade Kinder, ältere Menschen und Menschen mit körperlichen Einschränkungen sind besonders betroffen.

Wir wollen den Autoverkehr in der Stadt zugunsten von Fußgänger*innen und Fahrrad zurückdrängen. Damit schaffen wir nicht nur alternative Verkehrswege, sondern auch öffentlich nutzbare Flächen für die Allgemeinheit und einen Zuwachs von Lebensqualität in Wohnvierteln und Stadtteilzentren. Auch der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Raum muss mit einbezogen werden: Die Erweiterung des Straßenverkehrs für Fußgänger*innen und Fahrrad darf nicht auf Kosten von Menschen mit körperlichen Einschränkungen vorstattengehen, sondern muss diese in die Planung von vornherein einbeziehen.

Wir fordern:

- München zügig autofrei innerhalb des Mittleren Rings (mit entsprechenden Ausnahmeregelungen für den unvermeidbaren Kraftverkehr).
- sofort eine privatautofreie Alt- und Innenstadt: bestehende Fußgänger*innenzonen erweitern, neue einrichten und teilweise ganztagig für den Radverkehr freigeben, Umwandlung der Sonnenstraße zum Fußgänger*innenboulevard mit Altstadtring für Fahrradfahrer*innen
- Einrichtung von Fußgänger*innenzonen auch in Stadtteilzentren jenseits des Innenstadtbereichs
- den sofortigen Ausbau der Fahrradinfrastruktur mit leichterem Kombinierbarkeit von ÖPNV und Fahrrad; wir wollen die Ziele des Radentscheid München schnell und konsequent umsetzen
- eine konsequente barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums Neu- und Ausbau von Straßen nur in Ausnahmefällen und mit Fokus auf den Umweltverbund, etwa zur Erschließung neuer Stadtgebiete oder Entlastung bestehender Wohnsiedlungen
- eine kritische Bewertung von Tunnelprojekten anhand ihrer tatsächlichen Umweltbilanz

4.4. Für einen emissionsfreien Verkehr

Das Auto ist immer noch der Klimakiller Nummer Eins auf Münchens Straßen. Die vom Kraftfahrzeugverkehr ausgehenden CO₂-, Feinstaub-, Stickstoffemissionen, Mikroplastik und der Lärm belasten die Gesundheit der

Stadtbewohner*innen und haben gravierende Folgen für Natur und Lebensqualität - lokal und global. Der anhaltende Verbrauch fossiler Energien wie Diesel und Benzin trägt darüber hinaus global zur Ressourcenverknappung bei und heizt globale Ressourcenkonflikte an. Wir wollen die größtmögliche Reduktion umwelt- und gesundheitsschädigender Emissionen durch den Straßenverkehr: Die bestehenden Grenzwerte für Treibstoffemissionen müssen eingehalten werden. Bis 2025 soll der gesamte Münchner Verkehr komplett auf fossile Energieträger verzichten.

Wir fordern:

- flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 innerhalb des Stadtgebietes
- Fahrverbote für stark schadstoffemittierende Kraftfahrzeuge
- Ergänzung der Umweltzone innerhalb des Mittleren Rings durch die blaue Plakette für schadstoffarme Fahrzeuge
- Erhöhung der Parkgebühren
- Umstellung der MVG-Busflotte, des städtischen Fuhrparks und privater Dienstleister (z.B. Taxis, CarSharing) auf Elektromobilität. Dabei sind Lithium-Ionen-Akkus als Energiespeicher möglichst zu vermeiden; die Energieversorgung sollte möglichst durch Oberleitungen oder Brennstoffzellen erfolgen kein Platz für „Lufttaxis“ als umweltschädliche und unsichere Fortbewegungsmittel exklusiv für Wohlhabende und ausbeuterische „Fahrdienstleister“ wie z.B. Uber weiterhin keine 3. Start- und Landebahn am Flughafen München auch nach Ablauf der Bindungsfrist des erfolgreichen Bürgerentscheids; eine deutliche Reduktion von Kurzstreckenflügen ab bzw. vom Münchner Flughafen durch prohibitiv hohe Start- und Landegebühren und die Einstellung aller Subventionen an Flughafengesellschaften

5. Umwelt: Klimagerechtigkeit vor Ort erkämpfen

Die dramatischen Auswirkungen der Klimakrise sind schon heute spürbar. Ob Einbrüche der Ernte durch extreme Dürren oder Naturkatastrophen im globalen Süden, die die Existenz von Millionen Menschen zerstören: Der Notwendigkeit im kapitalistischen System, Profit und Wachstum zu schaffen, hat in eine globale ökologische Krise geführt und erzeugt weltweiten Widerstand. Der Protest für Klimagerechtigkeit und gegen Umweltzerstörung wird immer entschlossener. Die Bevölkerung hat die Dringlichkeit erkannt, doch die Politik hinkt hinterher.

Wir fordern ein radikales Umdenken und konsequentes Handeln - global wie lokal. Unser Ziel ist es, München bis 2025 unabhängig von allen fossilen Energieträgern zu versorgen. München soll ein Vorbild einer sozial-ökologischen Transformation werden. Es geht nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um den Erhalt der Artenvielfalt, Grünflächen und Gewässer, den Tierschutz und die Versorgung mit sauberer Luft, Trinkwasser und Nahrung, sowie einen nachhaltigen Umgang mit anderen Ressourcen. Die größten Verursacher der ökologischen Katastrophe sind immer noch die großen Unternehmen. Sie gilt es, besonders in die Pflicht zu nehmen, anstatt die Kosten der ökologischen Wende auf die Bevölkerung umzuwälzen oder die hier geschaffenen ökologischen Probleme auf andere Regionen in der Welt auszulagern. Die Kommunalpolitik muss dazu ihren gesamten Handlungsspielraum ausschöpfen. Die Zeit drängt. Ein erfolgreicher Strukturwandel wird von Tag zu Tag teurer.

5.1. Energiewende: Lokal handeln, statt global investieren

100 Prozent Ökostrom bis 2025 ist das Ziel der Stadtwerke München (SWM). Was gut klingt, ist reine Schönfärberei. Während noch immer ein großer Teil des Stroms aus Kohle- und Atomkraft stammt, ist der Anteil erneuerbarer Energien in München verschwindend gering. Nur eine Windkraftanlage und praktisch keine Dächer mit Photovoltaik speisen aktuell ins Netz. Gleichzeitig investieren die SWM europaweit in Großprojekte und verschleiern so ihre schlechte lokale CO₂-Bilanz. Der Strom aus der Münchner Steckdose wird schließlich vor allem in der Region und nicht an der norwegischen Küste produziert. Für eine gelungene dezentrale Energiewende ist es nötig,

dieses Geld hier zu investieren, damit die Energieversorgung Münchens bis 2025 zu 100 Prozent frei von fossilen Energieträgern und regional wird.

Wir fordern:

- Ausbau von Geothermie, Power-to-Gas, Windkraft, Solarenergie und nachhaltiger Biomasseverwertung in Kooperation mit den umliegenden Kommunen
- höhere Förderung von Mieter*innenstrommodellen für eine dezentrale und unabhängige Energieversorgung
- Steigende Energiepreise bei hohem Verbrauch, um Energiesparen zu fördern
- entgeltfreie Strom-Grundkontingente und Abschaffung von Stromsperren, um Energiearmut zu bekämpfen
- stärkere Förderung energetischer Gebäudesanierung. Kosten dürfen nicht auf Miete aufgeschlagen werden
- Gebäude dürfen nur noch im Passivhaus-Standard und mit Pflicht für Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen gebaut werden
- Umsetzung des erfolgreichen Bürgerentscheids „Raus aus der Steinkohle“: Abschalten des HKW Nord 2 bis spätestens 2022 und Reduktion des Betriebes auf ein Minimum bis dahin. Durch Nutzung aller zur Verfügung stehender Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass die Beschäftigten keine sozialen oder wirtschaftlichen Nachteile erleiden.

5.2. Naturschutz vor Profit - Grünflächen erhalten

Für ein gesundes Stadtklima benötigen wir einen umfassenden Schutz, insbesondere des Bodens, des Grund-, Oberflächen- und Trinkwassers, des Klimas, der Biotop- und Artenvielfalt. Doch der Fokus auf Wachstum und Profit steht diesen Zielen entgegen. Schon jetzt ist der Anteil an urbanen Grünflächen in München zu gering. Statt neue Gewerbegebiete auszuweisen und Luxusquartiere zu genehmigen, soll die Stadt mit einer ganzheitlichen Planung den Naturschutz und die Stadtentwicklung zusammendenken.

Wir fordern:

- Vermeidung von Flächenversiegelung und Forcierung von Entsiegelung
- Sicherung von Grünachsen und Kaltluftschneisen

- Gewässer renaturieren und das Einleiten von belastetem Abwasser unterbinden
- enge Zusammenarbeit mit den lokalen Naturschutzverbänden
- bei Neubauten von Wohnanlagen sind Grünflächen zur gemeinschaftlichen Nutzung, wie z.B. Gemeinschaftsgärten, -beete etc. zu schaffen
- Lebensräume für Wildtiere erhalten und das Volksbegehren „Artenvielfalt“ lokal umsetzen
- Isar: Renaturierung des Nordteils, verstärkte Bemühungen für die Sauberkeit und keine weitere Kommerzialisierung

5.3. Nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln

Unsere aktuelle Nahrungsmittelerzeugung trägt maßgeblich zum Klimakrise und zum Verlust von Biodiversität bei. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, wollen wir regionale Nahrungsmittelkreisläufe, biologische Anbaumethoden und artgerechte Tierhaltung in München fördern.

Wir fordern:

- 100 Prozent ökologische, saisonale und weitestgehend regionale Verpflegung in städtischen Einrichtungen
- täglich mindestens ein nachhaltiges und vollwertiges veganes Gericht in öffentlichen und schulischen Kantinen sowie vollwertige vegetarische Optionen in Kitas und Kindergärten, Unterstützung finanziell Benachteiligter, z.B. durch kostenloses Schulessen
- Lebensmittelverschwendung durch Gastronomie und Handel mit höheren Müllabgaben einschränken und so Weiterverwendung stärken
- Förderung von solidarischen Junglandwirt*innen und solidarischen Landwirtschaften, die ökologisch arbeiten und München regional versorgen
- Einrichtung von LebensmittelPunkten (vom Ernährungsrat München geforderte Freiräume für die Weiterverarbeitung und Versorgung mit regionalen und hochwertigen Lebensmitteln, aber auch als Begegnungs-, Lern- und Austauschorte)
- Bereitstellung von öffentlichen Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln und Urban Gardening

5.4. Dem Tierschutz verpflichtet

Tiere sind keine Ware, die wir ausnutzen dürfen. Das Tierschutzgesetz legt diese Verantwortung der Menschen gegenüber dem Leben und Wohlbefinden der Tiere fest. Doch in der Landwirtschaft, bei

Tierversuchen und im Zirkus wird das Tierwohl immer wieder unverhältnismäßig zugunsten menschlicher und wirtschaftlicher Interessen vernachlässigt.

Wir fordern:

- artspezifische Haltungsbedingungen von Tieren; keine industrielle Massentierhaltung
- regelmäßige Kontrollen bei der Durchführung von Tierversuchen; Förderung von alternativen Versuchsmethoden, um mittelfristig Tierversuche überflüssig zu machen
- eine stärkere Unterstützung für das Tierheim München bei der Aufnahme von Fundtieren

5.5. Reduzierung von Kunststoff

Deutschland exportiert im Schnitt 1,04 Millionen Tonnen Plastik im Jahr und das vor allem nach Südostasien. Dieser Müll landet dort auf riesigen Mülldeponien, die der Umwelt und den Meeren schaden. Wieder einmal müssen die ärmsten Länder wortwörtlich unsere Probleme ausbaden. Um diese Ungerechtigkeit einzuschränken, müssen wir lokal handeln und unseren Plastikkonsum reduzieren. Dabei reicht es aber nicht, die Konsumierenden zum Handeln zu bitten, sondern klare Forderungen an Staat und Konzerne zu formulieren. Die Stadt bemüht sich schon in diesem Bereich, allerdings müssen wir als Metropole, die dazu finanziell in der Lage ist, härtere Maßnahmen ergreifen.

Wir fordern:

- städtische Subventionen für Unverpackt-Läden, die ökologische Produkte aus der Region anbieten, um deren Angebote erschwinglich für alle zu machen und regionale Ansiedlung von Läden dieser Art zu fördern. Plastikfrei soll kein Elitenprodukt sein!

- umfangreichere Studien über den Mikroplastikgehalt und deren Ursachen in der Isar. Die bisherigen Studien darüber sind unzureichend und klären nicht über den Ursprung des Mikroplastiks auf
- das Recycling von Plastikmüll soll bis 2030 nicht unter einer Quote von 90 Prozent liegen.
- eine Abkehr von Kunstrasen auf öffentlichen Sportplätzen. Allein Kunstrasenplätze sind für 5 Prozent des deutschen Mikroplastiks verantwortlich

6. Migration: Teilhabe für alle - unabhängig von Pass und Herkunft

München ist eine von Einwanderung geprägte Stadt - 43 Prozent der Münchner*innen haben einen Migrationshintergrund aus 180 unterschiedlichen Nationen. Seit Generationen ziehen Menschen aus aller Welt nach München und leisten mit ihrer Arbeit, ihren Vorstellungen und Ideen wichtige Beiträge zur Stadtgesellschaft und zum städtischen Zusammenleben. Wir wollen, dass alle, die in München ihren Lebensmittelpunkt haben, dieselben Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe genießen können.

Staatliche Ungleichbehandlung von In- und Ausländer*innen, die Abschottungspolitik des deutschen und europäischen Asyl- und Grenzregimes, institutioneller und Alltagsrassismus sowie der von Rechten und Konservativen forcierte gesellschaftliche Rechtsruck der letzten Jahre machen Migrant*innen auch in München ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben schwer. 27,6 Prozent der Münchner*innen haben keinen deutschen Pass - darunter Menschen, die hier geboren sind und deren Migrationsgeschichte bereits Generationen zurückliegt. Gemessen an der Bevölkerungszahl sind Migrant*innen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung deutlich unterrepräsentiert. Pass, Hautfarbe oder ein „fremd“ klingender Name sind auch im Alltag oft Ausschlusskriterien, etwa bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Während die Zahl von Hassverbrechen bundesweit von Jahr zu Jahr steigt, gehen rechte Politikerinnen und Parteien wie die AfD mit fremdenfeindlicher Hetze auf Stimmenfang.

Die Münchner LINKE sieht sich dem Grundgedanken der internationalen Solidarität und der Gleichheit aller Menschen verpflichtet. Wir wollen eine Stadt, die durch die Vielfalt ihrer Bewohnerinnen und Lebensweisen lebt. Gemeinsam mit Migrant*innen, Unterstützerinnen und antifaschistischen und antirassistischen Initiativen kämpfen wir für die Rechte von Zugewanderten und stellen uns als Teil einer starken Zivilgesellschaft dem politischen Rechtsruck entgegen.

6.1. Gleiche Rechte für alle

Wir wollen gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe für alle Münchner*innen garantieren - unabhängig von Pass und Nationali-

tät. Obwohl sie in München leben und arbeiten, Steuern zahlen und ihren Beitrag zur Stadtkultur leisten, sind Menschen ohne deutschen oder EUPass von der kommunalen Mitbestimmung ausgeschlossen. Sprachliche und kulturelle Barrieren oder mangelnde Erfahrung und Wissen über Behördenabläufe stellen Hürden bei der Inanspruchnahme städtischer Angebote und Dienstleistungen dar. Wir wollen die interkulturelle Öffnung der Stadt und ihrer Referate weiter vorantreiben, die Möglichkeit der politischen Mitentscheidung für alle Münchner*innen ausbauen und die Repräsentanz von Migrant*innen im Stadtrat und in der Verwaltung erhöhen.

Wir fordern:

- Wahlrecht für alle, die in München ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft
- Beibehaltung des direkt gewählten Migrationsbeirates als beste Zwischenlösung
- Stärkung und Ausweitung der Kompetenzen des Migrationsbeirats
- Einrichtung eines kommunalen Einbürgerungsbüros mit geschultem Personal, das Menschen bei der Bewältigung der formalen Anforderungen für die Einbürgerung unterstützt
- Ausweitung des mehrsprachigen Informationsangebotes und der interkulturellen Schulung von Mitarbeiterinnen bei allen städtischen Behörden
- Vorgehen gegen strukturellen Rassismus und Behördendiskriminierung
- Racial Profiling und diskriminierende Kontrollen stoppen

6.2. München als Sicherer Hafen

Krieg und politische Verfolgung, strukturelle Armut und menschenunwürdige Lebensumstände zwingen Menschen tagtäglich dazu, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Die immer weiter fortschreitende Abschottung der Festung Europa, aber auch innereuropäische Migrationsbeschränkungen erschweren nicht nur die Einreise, sondern schließen die Betroffenen auch von der gesellschaftlichen Teilhabe und elementaren Grundversorgung aus. Viele der Ankommenden sind nicht nur durch lange und gefährliche Fluchtwege, sondern auch durch das deutsche und europäische Asyl- und Grenzregime traumatisiert, leben in prekären Umständen oder in Illegalität.

München muss als Stadt alles dafür tun, um sich der bayerischen, deutschen und europäischen Abschottungspolitik entgegenzustellen und einen Sicheren Hafen für Migrant*innen zu bieten. Viele Städte und Kommunen in Europa und weltweit gehen hier mit gutem Beispiel voran. Auch München hat sich zum Sicheren Hafen erklärt. Doch es bedarf mehr als einer symbolischen Handlung: Eine humanitäre Hilfe vor Ort muss Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe genauso einschließen wie eine speziell auf die Bedürfnisse von Geflüchteten ausgerichtete psychosoziale Betreuung. Im Zentrum des städtischen Hilfsangebotes muss dabei die Selbstbestimmung der Betroffenen stehen.

Wir halten dabei am Grundsatz der Integration vom ersten Tag an fest und wollen sie konsequent auf alle Bereiche, wie z.B. die Familienhilfe, anwenden.

Wir fordern:

- den Beitritt Münchens zum europaweiten Netzwerk solidarischer Städte
- Verpflichtung Münchens zur Aufnahme von mehr als den zugewiesenen Geflüchteten
- dezentrale Unterbringung asylsuchender Menschen und Ablehnung von Lagerunterbringung unter menschenunwürdigen Umständen und sozialer Isolation
- Beibehaltung und Ausbau des Grundsatzes „Integration vom ersten Tag an“ und konsequente Anwendung auf allen Gebieten: vom Sprachkurs bis hin zur Familienhilfe
- Förderung zur schnellen Integration von Kindern und Jugendlichen in Regelschulen
- um Entwicklungsverzögerungen und -störungen entgegenzuwirken, ist eine Platzierung in Kindertagesstätten wichtig und muss mit allen Mitteln gefördert werden
- niedrigschwellige und menschenwürdige Hilfsangebote zur psychosozialen Betreuung von Migrant*innen
- Einschränkungen für städtische Dienstleistungen für Geflüchtete beenden und volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen
- gleiche Rechte für alle EU-Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt und soziale Angebote, wenn nötig in städtischer Eigenleistung

- Hilfe statt Repression: Diskriminierende Maßnahmen gegen Arbeitsmigrant*innen (z.B. Abriss von Camps unter den Isarbrücken) unterbinden
- gleiche Verteilung von Arbeitsbewilligungen. Gleiche Chancen für alle auf dem Arbeitsmarkt. Keine Selektion nach „nützlichen“ und „weniger nützlichen“ Migrant*innen

6.3. Zivilgesellschaft stärken - dem Rechtsruck entgegen-treten

München ist eine weltoffene Stadt, in der Rassismus und Faschismus keinen Platz haben dürfen. In den letzten Jahren erleben wir jedoch einen Rechtsruck in ganz Europa, der auch vor München nicht haltmacht. Rassistische und anderweitig menschenfeindliche Meinungen können längst wieder offener geäußert werden und finden mit der AfD auch eine politische Vertretung auf allen Ebenen. Die Zahl rechtsextremer Straftaten nimmt auch in München weiter zu: 2017 wurden 459 politisch rechts motivierte Straftaten erfasst. Von den 29 Gewaltdelikten richteten sich mindestens sechs gegen geflüchtete Menschen. Alleine in München werden zwölf Personen aus dem rechtsradikalen Spektrum mit Haftbefehl gesucht. München ist gleichzeitig auch ein Beispiel dafür, dass eine lebendige Zivilgesellschaft sich dem rechten Vormarsch entgegensetzen kann: 2018 gingen Hunderttausende auf Großdemonstrationen gegen den Rechtskurs von AfD und CSU auf die Straße.

Wir stehen weiterhin Seite an Seite mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften in München und setzen uns der rechten Demagogie auf allen Ebenen entgegen.

Wir fordern:

- enge Zusammenarbeit und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Diskriminierung und rechter Gewalt
- städtische Förderung und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit migrantischen Interessenvertretungen und Kultureinrichtungen
- Beibehaltung der städtischen Förderung und Selbstbestimmung migrantischer, antifaschistischer und antirassistischer Einrichtungen

- Ermöglichung und Schutz der offenen religiösen und kulturellen Betätigung ethnischer und religiöser Minderheiten
- kein Platz für Rechtsextremist*innen und Faschistinnen in öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Raum
- Gedenken und Erinnerung an die Opfer des Faschismus und der deutschen Kolonialherrschaft schützen und im Stadtbild sichtbar verankern
- konsequente Umbenennung von Straßen und Plätzen, die an Täterinnen von Faschismus und Kolonialismus erinnern
- verstärkte städtische Förderung von antirassistischen Projekten an Münchner Schulen (z.B. Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage)

7. Bildung: Gebührenfrei und inklusiv von der Kita bis zur Meisterprüfung

Die kommunalen Bildungseinrichtungen haben in München eine große Bedeutung, sie reichen von den Kitas über die städtischen Realschulen und Gymnasien bis vor allem zu den 90 beruflichen Schulen, Berufsfachschulen und Akademien bis zu den Meisterschulen. Die Stadt ist für alle Einrichtungen der „Sachaufwandsträger“. Bei den städtischen Einrichtungen ist sie auch für das Personal zuständig.

Daher ist es unabdingbar, dass München die Schulbauoffensive fortsetzt und dabei die räumlichen Voraussetzungen für ein angenehmes Spiel- und Lernklima schafft. Ebenso müssen Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen und Lehrerinnen vernünftig bezahlt werden und ausreichend Möglichkeiten zur Weiterbildung erhalten, um sich den neuen Herausforderungen auch erfolgreich stellen zu können.

Nicht nur das stete Wachstum der Kinder- und Schüler*innenzahlen stellt die Stadt vor eine große Herausforderung, sondern vor allem die zunehmende Breite der Zusammensetzung der Kinder in den städtischen Bildungseinrichtungen, etwa in Hinblick auf Herkunft, kulturellen Hintergrund,

Kenntnisse der deutschen Sprache und Bildungsnähe des Elternhauses. Wir wollen ein inklusives und sozial gerechtes Bildungswesen in München, das auf die besonderen Bedürfnisse und Anforderungen der Kinder eingeht und Chancengleichheit für alle ermöglicht. Das gilt insbesondere für die 135 Grund- und 44 Mittelschulen, die nicht zum Vorläuferhitzer fürs Gymnasium verkümmern dürfen. Auch die beruflichen Bildungseinrichtungen, die mit 55.000 Schüler*innen die größte Schüler*innengruppe betreuen, bedürfen besonderer Aufmerksamkeit.

Wir fordern:

- Stärkung der interkulturellen Kommunikation und sprachlichen Kompetenz mit besonderem Augenmerk auf Zweisprachigkeit und „Deutsch als Fremdsprache“ von der Kita bis zur Berufsschule
- Aufstockung der Ausstattung mit Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen, um kleinere und inklusive Gruppen zu ermöglichen

- Verkleinerung der Klassengrößen zur besseren und individuellen Förderung von Schüler*innen an Grund- und Mittelschulen
- eigenständiges und unbürokratisch zu bewirtschaftendes Budget für Grund- und Mittelschulen
- qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung an Schulen mit individueller Förderung und abwechslungsreichem Programm
- Ausweitung des sozialpädagogischen und schulpsychologischen Betreuungsangebots insbesondere an den Berufsschulen
- Förderung von Berufsschullehrer*innen mit Fokus auf Verbindung und Balance von praktischem Unterricht und theoretischen Grundlagen
- Vorbereitung auf die Meisterprüfung als integralen Bestandteil der städtischen Berufsausbildung
- Einrichtung von Beratungsstellen für die Weiterbildung nach Facharbeiter- oder Gesellenabschluss
- Zusammenfassung der städtischen Technikerschule an einen gemeinsamen Standort
- Meisterprüfung in allen angebotenen Lehrberufszweigen
- Ausweitung des Fort- und Weiterbildungsangebotes für Erzieher*innen und Lehrkräfte durch das Pädagogische Institut der Stadt, insbesondere in Hinblick auf interkulturelle Kommunikation und Zweisprachigkeit
- Ausweitung des pädagogischen Fortbildungsangebots für betriebliche Ausbildung Angleichung der Bezahlung für angestellte Lehrer*innen an die ihrer verbeamteten Kolleg*innen
- Lehrmittelfreiheit für alle Schüler*innen

8. Gleichstellung: Selbstbestimmt leben - für alle Geschlechter

Alle haben das Recht auf Gleichberechtigung, individuelle Selbstbestimmtheit und körperliche Unversehrtheit - unabhängig von Geschlecht und Geschlechtsidentität. Trotz bestehender städtischer Gleichstellungs- und Fördermaßnahmen für Frauen prägen patriarchale Machtstrukturen und Weltbilder auch in München die Lebens- und Arbeitswelt.

Aufgrund ungleicher Arbeitsverhältnisse, mangelnder Anerkennung am Arbeitsplatz, sowie von Mehrfachbelastungen erhalten Frauen in München (2018) im Durchschnitt 22 Prozent weniger Entgelt als ihre männlichen Kollegen. Nach wie vor wird von Frauen erwartet, sich neben Beruf um Hausarbeit und Kindererziehung sowie um die Betreuung pflegebedürftiger Personen zu kümmern. Diese zusätzliche Sorgearbeit und das geringere Einkommen führen im Alter häufig in die - besonders bei Frauen ausgeprägte - Altersarmut. Besonders schwer trifft es alleinerziehende Mütter: Ein Drittel von ihnen sind in München auf die Unterstützung durch Hartz IV angewiesen. In Wirtschaft und Politik sind Frauen trotz bestehender städtischer Gleichstellungsmaßnahmen unterproportional vertreten. Mehr als jede zweite Frau erlebt mindestens einmal im Leben einen sexualisierten Übergriff. 2018 registrierte die Polizei 1.472 Sexualdelikte in München und 1.842 Fälle häuslicher Gewalt, die zu über 80 Prozent von Männern ausgingen. Scham und Angst vor Unverständnis oder Rache führen dazu, dass viele Betroffene gar nicht erst über das Erlebte reden, geschweige denn die Täter zur Anzeige bringen.

Die bestehende Gleichstellungspolitik der Stadt und das Förder- und Unterstützungsangebot von Stadt und städtisch geförderten Trägern wollen wir ausweiten und insbesondere gegen antifeministische Angriffe von rechts verteidigen. Wir stehen für eine Gleichstellungspolitik, die die Lebensbedingungen aller Frauen verbessert. Intersektionale Ansätze, die die Überschneidungen zwischen Geschlechterdiskriminierung und anderen Formen gesellschaftlicher Ungleichheit berücksichtigen, müssen fester Bestandteil städtischer Gleichstellungsmaßnahmen werden. Die bestehenden städtischen Gleichstellungsmaßnahmen für Frauen wurden von einer starken

Frauenbewegung erkämpft. Auch heute ermächtigen sich Frauen selbst auf der Straße und im Internet, weltweit und lokal, und stehen für ihre Rechte ein. Wir stehen diesen Kämpfen solidarisch zur Seite.

Wir fordern:

- Mindestquotierung von 50 Prozent für Frauen und paritätische Postenbesetzung in Stadtregierung, Verwaltung und kommunalen Unternehmen unter Einbeziehung von Menschen mit Geschlechtseintrag „Divers“
- Ausbau der geschlechtersensiblen Folgenabschätzung in allen kommunalpolitischen Entscheidungen („Gender Mainstreaming“) und bei der Budgetvergabe („Gender Budgeting“) unter besonderer Berücksichtigung intersektionaler Ansätze
- Ausbau von Maßnahmen für eine frauen- und familienfreundliche Betriebskultur in städtischen Betrieben u.a. mit Regelungen zur Lage und Verteilung der Arbeitszeit
- verpflichtende Standards zur Frauen- und Familienförderung als Kriterien an Unternehmen bei der Vergabe städtischer Aufträge
- Ausbau des städtischen Erziehungs- und Pflegeangebotes zur Entlastung von Frauen in Mehrfachbelastungen
- Erhalt und Ausbau von Projekten, die der Förderung von Frauen dienen, insbesondere Übernahme der langjährigen Projekte der beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) in eine Regelförderung
- Erhalt und Ausbau von Netzwerken zur Unterstützung und Beratung von alleinerziehenden Müttern bei der Arbeitssuche, Kinderbetreuung, Wohnungsbeschaffung und Versorgung in Notfällen
- Schulungen für die Zuständigen im Bereich der Sozialarbeit und bei der Polizei, den Behörden und im gesamten öffentlichen Sektor, wie z.B. kommunaler Ordnungsdienst, zum Thema Gewalt an Frauen
- Ausweitung der finanziellen Förderung von Frauenhäusern und Opfer-schutzeinrichtungen sowie unabhängiger Beratungseinrichtungen auch für minderjährige Opfer von sexualisierter Gewalt
- effektiver Gewaltschutz für geflüchtete Frauen
- Verbot sexistischer oder diskriminierender Werbung in München

9. Diversität: Gleichberechtigung aller Lebensweisen vorantreiben

Als weltoffene Metropole zeichnet sich München auch durch eine vielfältige und eigenwüchsige queere Szene aus, in der eine Vielzahl von Vereinen, Gruppen und Einrichtungen der Gemeinschaft in verschiedenen Lebenssituationen Hilfestellung und Unterstützung bieten. Ein Großteil dieser Einrichtungen ist nicht nur in Selbsthilfe entstanden - ihre Existenz und der Erhalt musste gegen diverse Widerstände erkämpft werden. Mit der Schaffung der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sowie auch durch die direkte Förderung von Vereinen trägt die Landeshauptstadt dieser wichtigen Tätigkeit Rechnung. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass queere Menschen und Regenbogenfamilien durch Stigmatisierung benachteiligt werden und auch in München immer wieder Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind, z.B. auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt.

Die verbesserte Lage für queere Menschen darf jedoch nicht als selbstverständlich gesehen werden. Nicht erst das Erstarken der AfD und ihrer offen homophoben Vorfeldorganisationen bedrohen bereits Erreichtes. Auch aus dem konservativen Lager gab und gibt es immer wieder Versuche, unliebsamen Projekten die kommunale Förderung zu kürzen oder zu entziehen.

Aber auch ohne diese direkten Angriffe ist die Gleichstellung noch lange nicht erreicht. Insbesondere spiegeln sich Problemstellungen wie Sexismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit oder die Ausgrenzung von finanziell Benachteiligten auch im queeren Bereich wider. Diese mehrfachen Diskriminierungen (Intersektionen), wie bei queeren Migrant*innen, können Ausgrenzungs- und Marginalisierungserfahrungen gefährlich verstärken. So sind z.B. inter*- und trans*geschlechtliche, aber auch lesbische Frauen besonders häufig von Erwerbslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Als LINKE nehmen wir daher konsequent einen intersektionalen Blickwinkel ein. Identitäts- und Gleichstellungspolitik sind für uns integraler Bestandteil der sozialen Frage.

Wir fordern:

- Konsequentes Mainstreaming von gleichgeschlechtlichen Interessen sowie der

- Auswirkung städtischer Maßnahmen auf Inter*- und Trans*-Personen und bei der Förderung in freier Trägerschaft. Angebote, die unterschiedlichen Gruppen offenstehen, müssen auch als solche klar kommuniziert werden besondere Förderung von lesbischen* Vereinen und Initiativen mit Rücksicht auf die häufig schwierige soziale Situation von Lesben und Frauen* als Teil der queeren Community
- Ausbau der städtischen Personalausstattung für queere Angebote wie Koordinierungsstelle, TRIQ etc. im Hinblick auf die Verantwortung auch für Menschen, die nicht direkt in München wohnen
- Einsatz der Stadt zur Mischfinanzierung queerer Angebote mit dem Land, um die spezifische Situation und Verantwortung als Landeshauptstadt nicht alleine tragen zu müssen
- Schaffung neuer und Erhalt sowie zivilgruppengerechter Ausbau bestehender Angebote für queere Menschen in städtischer Unterbringung und Pflegeeinrichtungen (z.B. geschützte Unterbringung queerer Geflüchteter) und Schaffung eines Begegnungszentrums für Menschen mit Handicap
- zielgruppenspezifische alternative Wohnprojekte sind als Teil der Offensive im sozialen Wohnungsbau sukzessive städtisch zu erweitern unter Berücksichtigung queerer Lebensrealitäten bei der Vergabe von Sozialwohnungen

Queere: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgeschlechtliche, Menschen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen lassen (Inter*) und/oder dies nicht wollen, sowie Menschen, die keine heterosexuelle Partnerschaft leben wollen.

10. Demokratie: Politische Teilhabe stärken und ausbauen

Die kommunalen Leistungen, die die Stadt bietet, sowie die dort getroffenen Entscheidungen betreffen uns alle. Ob in der Stadt als Ganzes, im Viertel oder in der Nachbarschaft - alle, die in München wohnen, sollten deswegen auch die Möglichkeit haben, bei allen sie betreffenden Fragen mitzuent-scheiden und mitzugestalten.

Die derzeitigen Möglichkeiten demokratischer Teilhabe erfüllen diesen An-spruch nur begrenzt. Für die meisten beschränken sie sich allenfalls auf die Abgabe des eigenen Stimmzettels. Macht- und Wissenshierarchien führen dazu, dass politische Gremien die Stadtbevölkerung über ihre Köpfe hinweg verwalten und allenfalls für Expert*innen und Lobbygruppen offen sind. Viele Milieus sind in Stadtrat, Stadtverwaltung, aber auch Bezirksausschüs-sen und Bezirksversammlungen fast gar nicht vertreten. Dadurch entstehen Politikverdrossenheit, Perspektivlosigkeit und Frust: Gefundenes Fressen für rechtspopulistische Hetze.

Die bestehenden Möglichkeiten zur politischen Teilnahme und demokra-tischen Mitbestimmung wollen wir auch über Wahlen und Bürgerentscheide hinaus ausbauen - für alle Münchner*innen, unabhängig von Klasse, Schicht, Milieu, Alter, Gesundheit, Nationalität und Pass. Wir setzen uns für einen wechselseitigen Dialog zwischen Stadt und Bevölkerung ein und stehen für den Ausbau direktdemokratischer Verfahren, um die Münchner*innen von Anfang an in für sie wichtige Fragen einzubeziehen. Informationen über Entscheidungen städtischer Gremien und Behörden müssen transparent, vollumfänglich und leicht zugänglich gestaltet werden, um fundierte Ent-scheidungen von unten zu ermöglichen und Zugangshürden und Wissenshi-erarchien abzubauen. Eine Zusammenarbeit mit rechten antidemokratischen Kräften in den Stadtgremien schließen wir kategorisch aus.

Wir fordern:

- Ausweitung des Kommunalwahlrechts für alle, die in München leben
- Herabsetzung des Kommunalwahlrechts auf höchstens 16 Jahre
- Stärkung der Rechte von Bezirksversammlungen und Bezirksausschüs-sen sowie den Beiräten der Stadt
- Einführung von Bürger*innenhaushalten auf Stadt- und Bezirksebene

- direkte Partizipation der Einwohner*innen an Stadtplanungsprozessen von Anfang an. Wien ist hier ein gutes Vorbild
- attraktivere und demokratischere Gestaltung von Bezirksversammlungen, um Partizipationsmöglichkeiten zu erhöhen
- Transparenz der Verwaltung stärken: übersichtliche und leicht einsehbare Präsentation von Protokollen städtischer Gremien, Haushaltsplänen und Haushalten sowie Datenerhebungen, Gutachten und Studien im städtischen Auftrag über das Rathausinformationssystem und Kontaktstellen
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Menschen mit Handicap im Direktorium
- Hilfestellungen bei Behörden erleichtern: Veröffentlichung kommunaler Beschlüsse und Verordnungen in mehreren Sprachen, Leichter Sprache und Blindenschrift
- mehr Mitspracherecht in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schüler*innenvertretung in Schulen etc.)
- Änderung an Ergebnissen von Bürgerentscheiden nur durch weiteren Bürgerentscheid ermöglichen
- politische Bildung in Schulen stärken und mehr Mitspracherechte für Schüler*innenvertretungen
- demokratische Kontroversen und Diskussionen in städtischen und städtisch geförderten Räumen ermöglichen: Rücknahme von Raumverboten aufgrund willkürlicher und unklarer Definitionen
- keine Zusammenarbeit mit und keine Zustimmung zu Anträgen von Personen und Gruppen, die faschistische, neonazistische oder sonstige gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagieren

11. Öffentlicher Raum: Freiräume statt Kontrolle

Der öffentliche Raum gehört allen. Er muss der Stadtgesellschaft möglichst ungehindert zur Verfügung stehen. Dafür zu sorgen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt. Eingriffe in die Nutzung öffentlicher Flächen sollten die Stärkung des allgemeinen Zugangs im Sinn haben - nicht dessen Einschränkung.

Die derzeitige Sicherheitspolitik ist nicht nur in Bayern, wo etwa 2018 trotz Massenprotesten ein verfassungsrechtlich bedenkliches Polizeigesetz eingeführt wurde, sondern auch in München vor allem von einer Ausweitung des staatlichen Sicherheits- und Überwachungsapparates auf Kosten individueller Freiheitsrechte geprägt. Überwachungskameras und Verbotserordnungen dominieren Straßen und Plätze, während Polizei und kommunale und private Sicherheitsdienste bestimmte Milieus wie Obdachlose, Tagelöhner*innen oder Alkohol- und Suchtkranke von der Straße vertreiben. Zwar leistet die Stadt mit einem umfassenden psychosozialen Angebot auch wertvolle Präventionsarbeit, doch wird diese oft im Interesse der Wahrung des „sauberen“ Images betrieben. Eine Trinkerstube am Hauptbahnhof fängt die rigorose Durchsetzung des dortigen Alkoholverbotes ab. Mit dem Hinweis auf - völlig unzureichende und nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechende - Notunterkünfte werden unter den Isarbrücken Obdachlosencamps geräumt. Aber auch Jugendliche, Feiernde oder sogar Kinder, die eine der wenigen Grünflächen im urbanen Raum nutzen, werden zu ordnungspolitischen Problemfällen erklärt. Die Verdrängung unter sicherheitspolitischen Aspekten gesellt sich zur ökonomischen Verdrängung der Münchner*innen hinzu.

Die beste Konfliktprävention besteht immer noch in der Schaffung sozialer Sicherheit für alle. Der um sich greifenden Verdrängung aus dem öffentlichen Raum unter dem Aspekt der Sicherheit setzen wir eine städtische Konfliktlösung gegenüber, die die freie Bewegung und Nutzung des öffentlichen Raumes für alle garantiert und soziale Probleme anpackt, anstatt sie einfach aus dem Stadtbild verschwinden zu lassen. Individuelle Freiheitsrechte und Bedürfnisse, die Würde des Einzelnen und Unterstützung der Eigeninitiative müssen im Mittelpunkt städtischer Ordnungspolitik stehen. Eine Kriminalisierung sozial nicht akzeptierter Milieus lehnen wir ab.

Wir fordern:

- keine Videoüberwachung des öffentlichen Raums
- Hilfe zur Selbsthilfe und Freiwilligkeit als Grundlagen des psycho- und sozialtherapeutischen Angebotes der Stadt und geförderter freier Träger
- Ausbau der Obdachlosenhilfe und psychosozialer Betreuungsangebote statt „ordnungsrechtliche“ Vertreibung von Obdachlosen und anderen sozial deklassierten Milieus
- Einsatz von Streetworker*innen statt städtischer Hilfspolizei (z.B. Kommunalen Außendienst (KAD) im Bahnhofsviertel)
- flächendeckend Möglichkeiten zur Substitutionstherapie für Menschen mit Opiatabhängigkeit schaffen
- Einrichtung von Druckräumen unter medizinischer Betreuung für Suchtkranke Ermöglichung anonymer Drug Checking-Angebote zur Prüfung von Verunreinigungen von Rauschmitteln
- Beantragung der Einrichtung eines kommunalen Cannabis Social Clubs als Modellversuch zur Abgabe von Cannabis
- Vorgehen gegen „Racial Profiling“ und anderer auf bestimmte Personengruppen ausgerichteter Kontrollkriterien

12. Digitalisierung: Die vernetzte Stadt demokratisch gestalten

Ob in der öffentlichen Infrastruktur, Verwaltung, Politik, Arbeit oder Freizeit - digitale Vernetzung und Informationsflüsse sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Schnelles Internet und Glasfaser sind längst wichtige Bestandteile der städtischen Infrastruktur und kommunalen Grundversorgung. Gleichzeitig schreitet der Ausbau Münchens zur „Smart City“ voran, zur intelligenten Stadt, in der alles und jede*r digital vernetzt Informationen austauscht.

Derzeit wird die Digitalisierung Münchens größtenteils Unternehmensinteressen überlassen. Private Anbieter sammeln aus dem ständigen Informationsfluss der vernetzten Stadt private Daten und erstellen digitale Profile für den lukrativen Datenhandel. Die Nutzer*innen verkommen immer mehr zu gläsernen Bürgerinnen, während viele Münchner*innen durch Zugangsbeschränkungen der privatisierten Netzanbieter*innen ausgeschlossen sind. Das Prinzip einer datengesteuerten und überwachten Stadt, die immer weiß, wo sich die Bürgerinnen befinden und was sie tun, lehnen wir ab. Der Schutz der Privatsphäre hat für uns oberste Priorität. Über den Einsatz von Überwachungssensoren, die Verwendung der Daten und ihren Schutz braucht es eine offene Bürgerbeteiligung.

Den digitalen Ausbau der Stadt wollen wir nicht wirtschaftlichen Interessen überlassen, sondern bewusst und nachhaltig zum Nutzen der Einzelnen und der Allgemeinheit gestalten. Wir stehen für die Schaffung einer stadtweiten kostenlosen Netzinfrastruktur in öffentlicher Hand für alle Münchner*innen und die Stärkung der Kontrolle der Münchner*innen über ihre eigenen Daten. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten zur direktdemokratischen Beteiligung im Stadtleben. Diese wollen wir auch für München nutzen. Freie Software stellt eine echte Alternative zum Monopol der großen IT-Konzerne dar. Auch nach der Abschaffung von Limux fordern wir, dass München hier seine Vorreiterrolle wiederaufnimmt. Um niemanden von der technologischen Entwicklung auszuschließen, ist die Bereitstellung analoger Alternativen für städtische digitale Angebote ebenso unabdingbar wie ein verstärktes zugangsfreies städtisches Schulungsangebot zu digitalen Themen.

Wir fordern:

- Aufbau eines kostenfreien stadtweiten WLANs

- Betrieb des Breitbandnetzes im städtischen Eigenbetrieb. 100-prozentige Versorgung mit Glasfaser für alle Haushalte und Gewerbebetriebe.
- Transparenz und kommunale Datenschutzrichtlinien für den gesamten Datenaustausch
- Gutachten zum Energieverbrauch im Endausbau der vernetzten Stadt und Entwicklung von Modellen für energieeffiziente Netze durch die Stadt
- Städtische Regulierung von Handymasten zur Reduktion von Elektromog, solange Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit nicht geklärt sind
- Einsatz und Entwicklung von benutzerfreundlichen Open-Source-Lösungen für die gesamte Stadtverwaltung mit dem Ziel eines kompletten Ausstiegs aus der Abhängigkeit von kommerzieller Software
- Schulungen von städtischem Personal im Umgang mit Open-Source-Software
- Ausbau des Rathausinformationssystems (RIS) zur übersichtlichen Präsentation sämtlicher Protokolle städtischer Gremien sowie von Haushaltsplänen und aktuellen Haushalten und sämtlichen Datenerhebungen, Gutachten und Studien im städtischen Auftrag
- Online-Angebot quantitativer Daten in menschen- und maschinenlesbarer Form, um Aus- und Bewertung von außen zu ermöglichen
- Schaffung einer niederschweligen Kontaktmöglichkeit zur Informationsabfrage
- Schaffung neuer Stellen zur Bearbeitung von Anfragen und Datensatzpflege
- Nutzung von digitalen Angeboten zur Bürger*innenbeteiligung in der Breite (z.B. Web Apps)
- digitale Spaltung überwinden: kostenloses Schulungsangebot im Bereich Digitalisierung durch die Münchner Volkshochschule für alle Münchner*innen

13. Kunst und Kultur: Freiräume schaffen für eine unabhängige Kunst

Ob zum Selbermachen, zum Erfahren oder zum Genießen - Kunst und Kultur sind ein wichtiges menschliches Grundbedürfnis. Kulturelle Betätigung bietet die Möglichkeit der Artikulation von Bedürfnissen und der Reflexion über die Welt. Ob soziale oder altersbedingte Grenzen, ob von unterschiedlichen Seiten der Welt kommend - gemeinsames kulturelles Schaffen überwindet Barrieren und Grenzen. Kultur muss inklusiv sein. Ausgrenzende Kultur lässt Kultur schwinden.

DIE LINKE möchte, dass alle Menschen Zugang zu Kultur haben. Wir streiten dafür, dass Menschen gemeinsam nicht nur Kultur rezipieren, sondern auch schaffen können. Dafür braucht es finanzielle Unterstützung und Freiräume - ob für Musik, Tanz, bildende Künste, Theater oder Kino, ob große Konzertsäle oder kleine Nebenräume, ob unter Brücken, am Rand oder in der Innenstadt. Alle Pläne für die Zukunft der Stadt müssen Kultur als zentralen Bestandteil berücksichtigen.

Vor allem in München schwinden die Freiräume für kreative Entwicklungsmöglichkeiten zusehends. Zum einen wird einer reinen Entertainment- und Eventökonomie das Feld überlassen. Zum zweiten fördert München Kultur vor allem exklusiv - ob für Schaffende oder Zuschauer*innen: Die Zugänge zu Sport, Theater, Kino, zu Musik und bildender Kunst kosten Geld. Kleinere Kulturangebote und die freie Kulturszene sind ebenso Opfer der Gentrifizierung, wie das teure München auch Auswirkungen auf kulturelle Angebote hat. Künstlerinnen leben abseitig einer sehr kleinen etablierten Szene höchst prekär. Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen sind für ein lebenswertes München aller unverzichtbar.

Erste Ideen wie günstigere Zugänge mit dem München-Pass müssen ausgebaut und völlig kostenfrei werden. Für Migrant*innen sind es auch bürokratische Hürden, die den Zugang zu Kultur erschweren.

Rechte, reaktionäre Kräfte möchten Freiräume und Äußerungsmöglichkeiten Kulturschaffender generell untersagen. Dagegen geht DIE LINKE an, gemeinsam mit den Kulturschaffenden und Sportlerinnen.

Wir fordern:

- kostenfreien Zugang für finanziell benachteiligte Menschen zu kulturellen Einrichtungen und sportlichen Events
- Bereitstellung von Mitteln und Schaffung aller notwendigen Freiräume - Übungs-, Trainings-, Aufführungsräume sowie von Ateliers und Werkstätten - für Aktive in Kunst, Kultur und Sport unabhängig von Alter oder finanzieller Lage Schaffung eines zweiten überregionalen jugendkulturellen Zentrums Berücksichtigung der Schaffung kultureller Einrichtungen in der Stadtentwicklung Förderung und Starthilfe bei interkulturellen Begegnungszentren und kulturellen Einrichtungen in Stadtteilen, mit selbstverwalteten Projekten insbesondere für junge Menschen und Frauen

14. Frieden: Für eine rüstungsfreie Stadt

Die Landeshauptstadt und ihr Oberbürgermeister ist Mitglied im Netzwerk „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden), aber Signale oder echte Initiativen bleiben aus. Im Gegenteil: Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag wurde deutlich, dass ein Drittel der deutschen Waffenexporte aus Bayern stammt. Ein Großteil davon wird im Ballungsraum München produziert. Prominente Rüstungsproduzenten wie Krauss-Maffei Wegmann, MTU oder MAN sind dabei ebenso vertreten wie zahlreiche mittlere und kleinere Unternehmen bis hin zu Elektronikfirmen und Software-Entwicklern, die Komponenten und Ausstattungen für Rüstungsprodukte entwickeln und produzieren.

Waffensysteme aus München kommen weltweit in Kriegsgebieten zum Einsatz und tragen zur Aufrüstung und Stabilisierung autokratischer Regimes bei. Münchner Produkte waren beim Überfall der türkischen Armee auf die nordsyrisch-kurdische Provinz Afrin ebenso dabei wie bei den Bombardements der saudi-arabischen Luftwaffe im Jemen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Rüstung ist heutzutage immer mehr ein digital-elektronisches Geschäft, dessen Technologien auch zivil genutzt werden könnten. Systeme etwa zur Lenkung von Artillerie-Geschossen und elektronischen Überwachung von Gefechtsfeldern, könnten auch für Transport- und Logistik-Systeme eingesetzt werden. Wir setzen uns für eine Konversion der Münchner Rüstungsproduktion zur zivilen und friedlichen Nutzung ein. Dabei wollen wir die Beschäftigten in den Rüstungsunternehmen mitnehmen und aufzeigen, dass in der friedlichen Nutzung ihrer Entwicklungen die Zukunft liegt - für sie, für die Stadt und Europa!

Wir fordern:

- städtische Initiative zur Rüstungskonversion in München
- Konversionskonferenzen zur Umstellung der Rüstungsproduktion auf friedliche Nutzung in München unter Einbeziehung von Unternehmen, Beschäftigten, Gewerkschaften und Friedensinitiativen

- städtische Förderung von Friedensprojekten und humanitärer Hilfe in Krisengebieten Entzug der städtischen Unterstützung für die sogenannte „Sicherheitskonferenz“ keine Bundeswehrwerbung in städtischen Schulen

15. Finanzen: Den städtischen Haushalt umverteilen

Als eine der reichsten Städte der Bundesrepublik ist München finanziell relativ gut aufgestellt: 2018 betragen die städtischen Einnahmen 7,2 Milliarden Euro. Das städtische Vermögen je Einwohner*in betrug 8.570 Euro, die Schulden lediglich 440 Euro. Im Jahr 2018 hat München über 660 Millionen Euro Haushaltsüberschuss erzielt. Wir wollen den städtischen Haushalt zugunsten eines sozialökologisch Ausbaus der Stadt umverteilen. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur und die ökologische Transformation sollen absolute Priorität auf der Ausgabenseite genießen.

Um die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung der Münchner*innen über die städtischen Ausgaben zu erhöhen, fordern wir die Einrichtung von Bürger*innenhaushalten sowohl stadtweit als auch auf Ebene der Stadtbezirke. Bürger*innenhaushalte schaffen Transparenz bei der Verwendung von öffentlichen Geldern, minimieren Lobbyismus und beteiligen die Bürgerinnen auf direktdemokratischem Weg an der lokalen Finanz- und Investitionspolitik.

Die landes- und bundesweite Steuerpolitik der letzten 15 Jahre hat zur Anspannung der öffentlichen Kassen zu Gunsten von Vermögenden und Unternehmen geführt. Hinzu kommt die in Bayern und im Bund durchgesetzte sogenannte Schuldenbremse, die die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen einschränkt. Wir wollen, dass die Stadt sich hier für eine gerechte Verteilung und umfassende sozialstaatliche Leistungen einsetzt.

Zur Erfüllung der städtischen Aufgaben im sozialen, schulischen, ökologischen und kulturellen Bereich werden wir außer der Neuaufnahme von Krediten auch die Erhöhung der Gewerbesteuer in Betracht ziehen.

Wir fordern:

- die Einrichtung von Bürger*innenhaushalten in Stadt und Bezirken
- bei den Pflichtausgaben der Kommune refinanzieren wir die jeweiligen Tarifsteigerungen der Gehälter und sorgen in unserer Haushaltspolitik für ausreichende Stellen in den jeweiligen Referaten
- keine Public Private Partnership-Projekte, wenn diese die Privatisierung öffentlicher Aufgaben zum Ziel haben

- keine städtische Spekulation mit Steuergeldern und Abzug aller finanziellen Rücklagen und Anlagen der Stadt München aus klimaschädlichen Wertanlagen Transparente Behandlung bei Vergabe von Bürgschaften und anderen Finanzgeschäften in öffentlichen Stadtratssitzungen
- Begrenzung von Managergehältern und Boni in stadteigenen und stadtnahen Gesellschaften
- politische Initiative der Stadt zur stärkeren Besteuerung von Unternehmensgewinnen, zur Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie zur Abschaffung der Schuldenbremse auf Landes- und Bundesebene

www.dielinke-muc.de